

MATTHIAS PAPE

DIE DEUTSCHLANDINITIATIVE
DES ÖSTERREICHISCHEN BUNDESKANZLERS
JULIUS RAAB IM FRÜHJAHR 1958

Der österreichische Bundeskanzler Julius Raab und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer werden selten in einem Atemzug genannt. Zu wenig Berührungspunkte scheint es zwischen den zwei Politikern zu geben, die indes beide ihren Ländern im Jahr 1955 die Souveränität zurückgewinnen konnten, Raab um den Preis der Neutralität Österreichs, Adenauer um den Preis der (vorläufigen) Teilung Deutschlands. Überdies haben sich die politisch-diplomatischen Bemühungen beider Regierungschefs im Frühjahr 1958 auf eigenartige Weise berührt und überkreuzt – eine Episode, die der Forschung bisher entgangen ist und deren Hintergründe ein Schlaglicht auf die weitgespannten politischen Konzeptionen Raabs und Adenauers in den ausgehenden fünfziger Jahren werfen. Die Episode steht im Zusammenhang mit Konrad Adenauers Initiative in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands vom März 1958, die früh das Interesse der Forschung auf sich gezogen hat. Sie wirft die Frage auf, ob es vor dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows im November 1958 eine Chance gegeben habe, die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen bzw. ihr zumindest näher zu kommen, oder ob Adenauers Initiative vielleicht sogar für das Berlin-Ultimatum mit ursächlich war¹.

Adenauer hat am 7. und 19. März mit dem sowjetischen Botschafter Andrej Smirnow² Gespräche über die deutsche Frage geführt und die Öffentlichkeit über den In-

¹ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 402–439; Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Frankfurt a. M./Berlin 1994, S. 990–999. Zu Chruschtschows Motiven, die DDR abzuriegeln, vgl. Hope M. Harrison, Die Berlin-Krise und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR, in: Gerhard Wettig (Hrsg.), Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 105–122; Michael Lemke, Die SED und die Berlin-Krise 1958 bis 1963, in: Ebenda, S. 123–137.

² Smirnow, seit 1957 in Bonn, war zuvor Botschafter in Wien gewesen, dort innerhalb des diplomatischen Corps allerdings längst nicht so isoliert worden wie in Bonn. Vgl. Bericht Josef Schöners an das Außenamt Wien, 7. 5. 1958. Durchschrift im Nachlaß von Botschafter Dr. Josef Schöner, Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (künftig: NL Schöner), Kart. 15, Politische Berichte (künftig: Pol) 1958. Die atmosphärisch dichten Berichte Schöners, der vor Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Wien Generalkonsul und Leiter der österreichischen Verbindungsstelle in Düsseldorf bzw. Bonn (1950–1953), später Botschafter in Bonn war (1958–1966), gehören zu den besten Quellen über das Bonner diplomatische Parkett. Vgl. auch Josef Schöner, Wiener Tagebuch 1944/45, hrsg. v. Eva-Marie Csáky, Franz Matscher und Gerald Stourzh, Wien/Köln/Weimar 1992.

hält der beiden Unterredungen während seiner Amtszeit nie unterrichtet. Er hat erst in seinen Erinnerungen darüber geschrieben³. Seine Initiative lag im Vorfeld des Besuchs des ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR, Anastas Mikojan, vom 25. bis 28. April in Bonn⁴. Dem Bundeskanzler war bewußt, daß er ein so diffiziles Thema nicht mit dem sowjetischen Botschafter, sondern nur mit der Kreml-Führung selbst erörtern konnte. Er spekulierte offenbar darauf, die Sowjetunion könnte unter gewissen Voraussetzungen bereit sein, ihre Satellitenregierung in Ost-Berlin zu opfern. Adenauer suchte bei Smirnow zu erkunden, ob die Sowjetunion willens wäre, der DDR den neutralen Status Österreichs zuzugestehen. Die Sowjetunion hätte in diesem Fall ihre Truppen abziehen und freie Wahlen zulassen müssen, während der Verbleib der Bundesrepublik in der NATO für Adenauer außer Frage stand. Die Gegenleistung der Bundesrepublik hätte, so läßt sich vermuten, darin bestehen sollen, die Vereinigung der beiden Teilstaaten nicht zu forcieren; diese wäre aber mittelfristig nicht ausgeschlossen und eher sogar wahrscheinlich gewesen⁵. Adenauers wichtigstes Motiv war offenbar, die 17 Millionen Deutschen in der DDR, die damals neuen Repressalien ausgesetzt waren, vom Joch der Diktatur zu befreien⁶. Es ging ihm, so erklärte er in diesen Wochen immer wieder, nicht in erster Linie um den „nationalen Aspekt“ des Problems, „sondern um das Menschliche“. Wenn erst einmal „mehr menschliche Freiheiten“ garantiert seien, würde, so hoffte er, „eine

³ Gestützt auf die Dolmetscherprotokolle vgl. Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, Stuttgart 1967, S. 369–376, 376–380; siehe auch Klaus Gotto, *Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963*, in: Ders. u. a., *Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie. Adenauer-Studien*, Bd. 3, Mainz 1974, S. 3–91, hier S. 34–40; Hans-Peter Schwarz, *Die deutschlandpolitischen Vorstellungen Adenauers 1955–1958*, in: Ders. (Hrsg.), *Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Adenauers 1955–1958*, Stuttgart 1979, S. 7–54, hier S. 34–37; ders., *Adenauer*, S. 419, 425; Helga Haftendorn, *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982*, Baden-Baden 1983, S. 116–122.

⁴ Schöner wurde von Außenminister Brentano bis zu den Referenten des Protokolls genauestens nach den Eindrücken und Erfahrungen mit Mikojan in Wien 1957 befragt. Bericht Schöners, 21. 4. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958. Vor dem CDU-Bundesvorstand spielte Adenauer den bevorstehenden Besuch Mikojans herunter. Vgl. Günter Buchstab (Bearb.), *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961*, Düsseldorf 1994, S. 112.

⁵ Schwarz, *Deutschlandpolitische Vorstellungen*, S. 35, 100, geht von einer geplanten „großen Zwischenlösung“ aus und folgt damit Adenauers Presseinformationsgespräch vom 20. 5. 1958, in: Adenauer, *Teegespräche 1955–1958*, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1986, S. 276–289, hier S. 281. Kosthorst nimmt dagegen an, Adenauer habe mit der Neutralisierung der DDR nach dem Muster Österreichs die Teilung Deutschlands dauerhaft festschreiben wollen. Vgl. Daniel Kosthorst, *Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961*, Düsseldorf 1993, S. 232. Dazu, im einzelnen allerdings unzutreffend, der Diskussionsbeitrag Paul Wilhelm Wengers, in: Schwarz (Hrsg.), *Entspannung und Wiedervereinigung*, S. 92–94.

⁶ Das betonte Adenauer in der Bundestagsdebatte am 20. 3. und 21. 3. 1958. Vgl. *Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages*, 3. Bundestag, Bd. 39, bes. S. 847.

Entwicklung eintreten, die nachher auch die politische Seite im Gefolge haben wird“⁷.

Smirnow wies auf die unterschiedliche Lage Deutschlands und Österreichs hin und zog sich auf die Standardformel zurück, „man müsse von der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten ausgehen“⁸. In der bewegten außenpolitischen Debatte des Bundestages vom 20. bis 25. März zur Atombewaffnung fragte Erich Mende den Bundeskanzler auch nach dem Inhalt seiner Gespräche mit Smirnow. Adenauer wich aus⁹. Franz Josef Strauß, der als Verteidigungsminister die Debatte für die Regierung im wesentlichen bestritt, stellte eher beiläufig die Frage, ob die Wiedervereinigung noch das „Gewissensproblem“ wäre, wenn die sowjetische Besatzungszone in ein Staatswesen nach österreichischem Muster umgewandelt würde¹⁰. Das legt die Vermutung nahe, daß Adenauer – neben Außenminister Brentano¹¹ – auch Strauß über seinen Plan ins Vertrauen gezogen hat¹². Die Frage von Strauß blieb damals ohne Antwort. Sie deutete, was 1958 niemand bemerkte, auf einen tieferen Zusammenhang zwischen deutscher und österreichischer Politik und Diplomatie hin.

I.

Adenauers Vorstoß bei Smirnow überkreuzte sich mit einer geheimen Initiative des österreichischen Bundeskanzlers Julius Raab¹³. Dieser konnte nicht wissen, daß

⁷ Presseinformationsgespräch Adenauers, 20. 5. 1958, in: Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 281, 286, und am 27. 3. 1958, in: Ebenda, S. 259, sowie erneut am 13. 8. 1963, in: Adenauer, Teegespräche 1961–1963, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1992, S. 422.

⁸ Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 377 f.

⁹ Vgl. dazu Adenauer am 20. 3. 1958, in: Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, S. 840, am 25. 3. 1958, in: Ebenda, S. 1101, 1103. Große Teile der außenpolitischen Aussprache im Bundestag vom 20. 3. und 22. 3. 1958 finden sich in: Dokumente zur Deutschlandpolitik (künftig: DzD), III. Reihe, Bd. 4 (1958), Frankfurt a. M./Berlin 1969, S. 694–841, vom 25. 3. 1958, in: Ebenda, S. 863–908. Vgl. auch Erich Mende, Die neue Freiheit. Zeuge der Zeit 1945–1961, Bergisch-Gladbach 1986, S. 539–551.

¹⁰ Strauß am 20. 3. 1958, in: Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, S. 868. Brandt verwechselte später Adenauers und Smirnows Gespräch mit Adenauers Beitrag in der Bundestagsdebatte. Vgl. Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten 1960–1975, Hamburg 1976, S. 65; Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer, Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 67.

¹¹ Nachweis bei Kosthorst, Brentano und die deutsche Einheit, S. 223.

¹² Das behauptet Wenger, Diskussionsbeitrag, in: Schwarz (Hrsg.) Entspannung und Wiedervereinigung, S. 92. So auch Peter Siebenmorgen, Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik, Bonn 1990, S. 148. Vgl. Adenauers Andeutungen gegenüber Heinrich Krone, Tagebuchnotiz, 19. 3. 1958, in: Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Gotto u. a., Untersuchungen und Dokumente, Bd. 3, hier S. 145 f.

¹³ Vgl. als früheste Dokumentation der Politik Raabs, noch aus dem Selbstverständnis der Zeit selbst heraus, Julius Raab, Verantwortung für Österreich, Wien 1961. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Raab setzte erst spät ein. Vgl. Alois Brusatti/Gottfried Heindl (Hrsg.), Julius Raab. Eine Biographie in Einzeldarstellungen, Linz [1986]. Vgl. auch Katalog zur Ausstellung

Adenauer in der Deutschlandfrage kurz zuvor selbst die Initiative ergriffen hatte und das Gespräch mit Moskau suchte. Zwischen die beiden Unterredungen Adenauers mit Smirnow fiel ein Treffen der beiden Bundeskanzler in Köln und Rhöndorf. Offenbar hat diese Begegnung Adenauer darin bestärkt, für die DDR eine Lösung nach österreichischem Muster anzustreben, die er anschließend Smirnow vorschlug. Über den Hintergrund des Treffens beider Bundeskanzler informieren Berichte, die in Durchschrift im Nachlaß des deutschen Botschafters in Wien, Carl Hermann Mueller-Graaf, nicht jedoch in den Akten des Auswärtigen Amtes erhalten sind¹⁴. Die Berichte werfen ein bezeichnendes Licht auf die außenpolitischen Leitideen Raabs und seine Art, Außenpolitik als Geheimdiplomatie zu betreiben.

Das Verhältnis zwischen Bonn und Wien befand sich im Frühjahr 1958 in einer Phase der allmählichen Normalisierung, nachdem infolge der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags im Mai 1955 die Beziehungen so belastet gewesen waren wie seit 1945 nicht mehr – Folge des Kompromisses zwischen den Westmächten und der Sowjetunion bei der Lösung der Staatsvertragsfrage¹⁵. Die Vier Mächte hatten 1945 sowohl die reichsdeutschen Unternehmen als auch das (bewegliche und unbewegliche) Eigentum der (rund 346 000) Reichsdeutschen in Österreich beschlagnahmt (Häuser, Mietwohnungen, Hausrat). Die Reichsdeutschen waren, als Reaktion auf die NS-Herrschaft und den Zusammenbruch der Lebensmittel- und Energieversorgung am Ende des Krieges unterschiedslos als Nationalsozialisten geächtet und, soweit sie nicht geflüchtet oder für den Wiederaufbau unentbehrlich waren, in die deutschen Besatzungszonen abgeschoben worden¹⁶. Abschub und Eigentumskonfis-

anläßlich von Raabs 100. Geburtstag im Kloster Seitenstetten, dessen Schule Raab besucht hatte: Julius Raab, Aussaat und Ernte, Seitenstetten 1992. Raabs Rolle bei den Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag erhellt am besten Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955*, 4., völlig überarb. u. wesentlich erw. Aufl. Wien/Köln/Graz 1998. Raabs Motive werden durch seine treffsicheren Bonmots oft besser erkennbar als in seinen Reden, vgl. Gottfried Heindl, Julius Raab in Anekdote und Karikatur, Linz [1988].

¹⁴ Nachlaß (künftig: NL Mueller-Graaf) im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (künftig: PA/AA). Mueller-Graaf war seit der Abberufung Franz von Papens im Jahr 1938 der erste deutsche Diplomat in Wien, seit Ende 1953 als Leiter der (inoffiziellen) Deutschen Wirtschaftsdelegation, seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen Ende 1955 als Botschafter (bis 1961). Vgl. Matthias Pape, Art. Carl Hermann Mueller-Graaf, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 18, Berlin 1997, S. 497f. Zu Mueller-Graafs Anteil an der deutsch-israelischen Verständigung vgl. Niels Hansen, Carl-Hermann Mueller-Graaf. Ein Brückenbauer der ersten Stunde, in: *Historische Mitteilungen* 10 (1997), S. 257–267.

¹⁵ Zu den Staatsvertragsverhandlungen vgl. Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*; Eva-Marie Csáky, *Der Weg zu Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945–1955*, Wien 1980.

¹⁶ Vgl. dazu Matthias Pape, *Österreich und Deutschland. Aspekte der politischen und kulturellen Beziehungen 1945–1960*. Habilitationsschrift, Geistes- u. Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Karlsruhe 1997 (Drucklegung in Vorb.), Kap. 2, Abschnitt: Die volksdeutschen Flüchtlinge und die Reichsdeutschen in Österreich.

zierung waren durch den Staatsvertrag sanktioniert worden. Entgegen allen Zusicherungen des State Department gegenüber Bonn, den Eigentumsschutz in Österreich garantieren zu wollen, war das deutsche Eigentum auch in den Westzonen definitiv auf Österreich übertragen und die Bundesrepublik Deutschland zur Entschädigung des „kleinen Privateigentums“ verpflichtet worden, was die Bonner Regierung strikt ablehnte¹⁷.

Völkerrechtlich gerechtfertigt wurden die Bestimmungen im Staatsvertrag mit der „Besetzung“ Österreichs durch Hitler-Deutschland. Österreich berief sich dabei auf die sogenannte Okkupationstheorie, die es aus der Moskauer Erklärung Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 1. November 1943 herleitete. Diese hatte Österreich als „das erste freie Land“ bezeichnet, das der „typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen“ sei. Zugleich hatte die Moskauer Erklärung festgestellt, daß Österreich „für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann“¹⁸. Das wiedererstandene Österreich machte sich einseitig die Opferthese der Moskauer Erklärung zu eigen. Es betrachtete sich nicht als besiegter, sondern als von Hitler-Deutschland befreiter Staat¹⁹.

Zugleich lehnte Österreich als okkupiertes Land alle Wiedergutmachungsforderungen der aus rassischen und politischen Gründen Emigrierten sowie die Entschädigungsforderungen der nach Österreich geflüchteten Volksdeutschen ab und verwies diese an die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs²⁰. Die deutsche Bundesregierung hingegen, vor allem Konrad Adenauer, hatte

¹⁷ Ebenda, Kap. 6, Abschnitt: Der österreichische Staatsvertrag – Interessenausgleich der Vier Mächte zu Lasten der Bundesrepublik.

¹⁸ Gedruckt in: DzD, I. Reihe, Bd. 4 (1943), Frankfurt a. M. 1991, S. 620. Dazu Matthias Pape, Die völkerrechtlichen und historischen Argumente bei der Abgrenzung Österreichs von Deutschland nach 1945, in: Der Staat 37 (1998), S. 287–313. Zur kontroversen Beurteilung des Anschlusses Österreichs vgl. Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hrsg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938, Wien 1990. Zum Anschluß „von unten“ durch österreichische Nationalsozialisten vgl. Gerhard Botz, Der „Anschluß“ von 1938 als innerösterreichisches Problem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 9/88, 26. 2. 1988, S. 3–19. Zum Konstrukt der Okkupationstheorie als Staatsdoktrin der Zweiten Republik ders., War der „Anschluß“ erzwungen?, in: Felix Kreissler (Hrsg.), Fünfzig Jahre danach – Der „Anschluß“ von innen und außen gesehen. Beiträge zum internationalen Symposium von Rouen 1988, Wien/Zürich 1989, S. 97–119. Zum Wandel der Anschluß euphorie in zunehmende Distanz gegenüber dem NS-Regime während der Kriegsjahre vgl. Gerhard Botz, Zwischen Akzeptanz und Distanz. Die österreichische Bevölkerung und das NS-Regime nach dem „Anschluß“, in: Stourzh/Zaar (Hrsg.), Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 429–455.

¹⁹ Vgl. Robert Graham Knight, Besiegt oder befreit? Eine völkerrechtliche Frage historisch betrachtet, in: Günter Bischof/Josef Leidenfrost (Hrsg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949, Innsbruck 1988, S. 75–91.

²⁰ Einblick in die Bewusstseinshaltung und den fortlebenden Antisemitismus führender Regierungsmitglieder über 1945 hinaus gibt Robert Knight (Hrsg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945–52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt a. M. 1988.

stets die Mitverantwortung Österreichs für Krieg und NS-Verbrechen unterstrichen, auf die Verwurzelung der NS-Ideologie in Österreich hingewiesen²¹ und die Wiener Forderungen nach Übertragung des deutschen Eigentums unter Hinweis auf den völkerrechtlich garantierten Schutz des Privateigentums zurückgewiesen²² – letztlich vergeblich, wie sich im Mai 1955 zeigte. Durch den Verweis auf die gewaltsame Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland in der Präambel des Staatsvertrags ging die Okkupationstheorie ins österreichische Geschichtsbild ein²³. Bis heute unterscheidet die Wiener Politik zwischen dem österreichischen Staat bzw. seiner Regierung, die der Pressure Hitlers 1938 nachgeben mußte, und dem Verhalten der Bevölkerung. Auch diese habe freilich in ihrer Mehrheit dem Anschluß an Hitler-Deutschland nicht zugestimmt. Erst im Gefolge der von der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) gegen die Bundespräsidenten kandidatur Kurt Waldheims 1986 geführten Kampagne und der Diskussion über Waldheims Kriegsvergangenheit als Wehrmachtsoffizier brach sich eine neue historische Bewertung Bahn, die in Gegensatz zur Staatsdoktrin geriet²⁴.

Zu Spannungen mit Bonn führte der Staatsvertrag auch deshalb, weil er Adenauer innenpolitisch unter Druck setzte. Während die österreichische Frage im Mai 1955 endlich gelöst war, schien sich gleichzeitig die Teilung Deutschlands durch den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO zu verfestigen. Adenauers Gegner hielten diesem vor, eine Lösung der deutschen Frage nach österreichischem Muster nicht gesucht zu haben²⁵. Anders in Österreich: Die Führungsgruppe in Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und SPÖ war sich bewußt, daß Staatsvertrag und Neutralität, die Adenauers Kritiker als Musterlösung für die deutsche Frage in die Debatte warfen, der Westintegrationspolitik Adenauers zu verdanken waren. Ohne

²¹ Vgl. als Forschungssynthese Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien 1994, S. 337–394. Zum Antisemitismus als Antriebsmoment für die Zustimmung zum Nationalsozialismus vgl. Gerhard Botz, *Die Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. Das Ende des Wiener Judentums unter der NS-Herrschaft (1938–1941)*, in: *Zeitgeschichte* 14 (1987), S. 359–378.

²² Vgl. Pape, *Die völkerrechtlichen und historischen Argumente*, S. 296–301.

²³ Vgl. ebenda, S. 300–305.

²⁴ Vgl. Gerhard Botz, *Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung*, in: Dan Diner (Hrsg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt a. M. 1987, S. 141–152, 276–279. Zum Medienecho vgl. Heidemarie Uhl, *Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluß“*, Wien/Köln/Weimar 1992.

²⁵ Vgl. Bruno Thoß, *Modellfall Österreich? Der österreichische Staatsvertrag und die deutsche Frage 1954/55*, in: Ders./Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953–1956*, Boppard am Rhein 1988, S. 93–136. Zur These, die Lösung der Österreichfrage sei von den Sowjets als Modell für Deutschland offeriert worden, vgl. in immer neuen Anläufen Michael Gehler, zuletzt: *Österreichs außenpolitische Emanzipation und die deutsche Frage 1945–1955*, in: Alfred Ableitinger/Siegfried Beer/Eduard G. Staudinger (Hrsg.), *Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955*, Wien/Köln/Graz 1998, S. 205–268, hier S. 249–263. Zu den Einwänden vgl. Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, S. 466–485.

die Westbindung der Bundesrepublik und ohne den Schutz durch die NATO und die Präsenz amerikanischer Truppen in unmittelbarer Grenznähe, in Bayern und Oberitalien, wären beide Regierungsparteien, angeführt von Julius Raab (ÖVP) und Vizekanzler Adolf Schärff (SPÖ), nicht bereit gewesen, sich auf die von den Sowjets verlangte Neutralität einzulassen. Schärff zögerte selbst noch bei den Verhandlungen in Moskau im April 1955, der sowjetischen Neutralitätsforderung zuzustimmen, wozu ihn die übrigen Delegationsmitglieder (neben Raab Außenminister Leopold Figl und Staatssekretär Bruno Kreisky) regelrecht drängen mußten. Raab hatte, wie er dem deutschen Botschafter wiederholt versicherte, „die österreichische Neutralität, den Kaufpreis für Staatsvertrag und Räumung, nur als Mittel im Ringen mit den Sowjets um Europa akzeptiert“²⁶. Eine Neutralisierung Deutschlands und der Abzug der Westmächte aus der Bundesrepublik wäre den österreichischen Sicherheitsinteressen entgegengelauten; Raab hatte Adenauer unmittelbar nach dem entscheidenden Durchbruch bei den Verhandlungen 1955 in Moskau sogar signalisiert, dieser solle an seinem Kurs der Westbindung unbeirrt festhalten²⁷.

Umso aufgebrachter war Adenauer, als vier Wochen später auf der Botschafterkonferenz der Vier Mächte in Wien die von führenden österreichischen Sozialisten, Adolf Schärff und Karl Waldbrunner, Minister für Verkehr und Verstaatlichte Betriebe und Führer des austromarxistischen Flügels seiner Partei, gleichzeitig bei den Sowjets und bei den Amerikanern betriebene Enteignung des deutschen Eigentums festgeschrieben wurde²⁸. Die Sowjetunion hatte die deutschen Betriebe in ihrer Zone Österreich gegen Ablöseleistungen (vor allem Rohöl) überlassen, und die Westmächte hatten das deutsche Privat- und Reichseigentum in den Westzonen ebenfalls dem Staat übertragen, um Österreich wirtschaftlich zu stabilisieren²⁹. ÖVP und SPÖ hatten schon 1946/47 die Großbanken, Grundstoffindustrie und Elektrizitäts-

²⁶ Matthias Pape, Die deutsch-österreichischen Beziehungen zwischen 1945 und 1955. Ein Aufriß, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 149–172, hier S. 158f.; ders., Österreich und Deutschland, Kap. 6: Das Krisenjahr 1955. Die Gegensätze der beiden Regierungsparteien lagen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie in der Kultur- und Kirchenpolitik, hier vor allem in der Konkordatsfrage. Vgl. Manfred Rauchensteiner, Die Zwei. Die große Koalition in Österreich 1945–1966, Wien 1987.

²⁷ Vgl. Pape, Die deutsch-österreichischen Beziehungen, S. 166.

²⁸ Zu Schärffs Intrigenspiel vgl. Niels Hansen, Eine peinliche Mission. Wien, 14. Mai 1955: Wider die Enteignung des deutschen Vermögens durch den österreichischen Staatsvertrag, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 223–246, hier S. 226f., 229. Zu Schärffs Motiven vgl. Matthias Pape, Das wiedererstandene Österreich und die Anschlussfrage. Adolf Schärffs Erinnerung an die Begegnung mit Wilhelm Leuschner im Jahr 1943 – Eine quellenkritische Betrachtung, in: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 106 (1998), S. 410–425.

²⁹ Vgl. Bericht des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom 15. Juni 1955 zur Übertragung des deutschen Eigentums: „This action is taken by the Western Powers as a matter of policy in order to strengthen the Austrian economy and in partial compensation to Austria for her renunciation of claims against Germany“. In: American Foreign Policy 1950–1955. Basic Documents, Bd. 1, Washington 1957, S. 682–695, hier S. 691; Otto Klambauer, Die Frage des deutschen Eigentums in Österreich, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte, Wien 1978, S. 127–174.

gesellschaften verstaatlicht³⁰. Der Staatsvertrag untersagte die Rückgabe deutscher Vermögen im Wert von über 10 000 Dollar bzw. 260 000 Schilling und verpflichtete Österreich, „keine wie immer geartete wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland einzugehen“³¹. Während sich Raab und Finanzminister Reinhard Kamitz der Eigentumsregelung im Staatsvertrag fügten, aber voraussahen, daß diese den Aufbau einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft erschweren und zu heftigen Auseinandersetzungen mit Bonn führen würde³², sahen die Sozialisten eines ihrer wichtigsten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele erreicht: die endgültige Übertragung der deutschen Unternehmen auf den österreichischen Staat. Diese bildeten den Kern der verstaatlichten Industrie, die zum wichtigsten Einflußbereich der SPÖ gehörte.

Die massive Störung im westdeutsch-österreichischen Verhältnis wurde durch Verhandlungen einer gemischten Delegation weitgehend behoben. Im Juni 1957 regelte der deutsch-österreichische Vermögensvertrag auf Drängen österreichischer Wirtschafts- und Finanzkreise, der bürgerlichen Presse und des Wirtschaftsbundes der ÖVP die Rückgabe fast des gesamten deutschen Privateigentums einschließlich der meisten Unternehmen (im Wert von 500–600 Mio. DM), freilich nicht der verstaatlichten Banken, industriellen Groß- und Energieunternehmen. Der Vermögensvertrag ließ im Gegenzug österreichische Forderungen gegenüber deutschen Kreditinstituten und Versicherungsgesellschaften im Wert von etwa 120 Mio. DM wieder aufleben³³. Damit hielt sich Österreich zwar formal an die Bestimmungen des Staatsvertrags, die es aber de facto unterließ: Hausrat und Wohnungseinrichtungen wurden generell zurückgegeben; Vermögenschaften, die erzieherischen, kulturellen, karitativen und religiösen Zwecken dienten, wurden vom Rückgabeverbot ausgenommen; größere Vermögenschaften wurden in möglichst kleine Einheiten aufgeteilt, so daß sie

³⁰ Vgl. Roman Sandgruber, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Wien 1995, S. 458–462. Eingehende Analysen bei Stephan Koren, *Sozialisierungsideologie und Verstaatlichungsrealität in Österreich*, in: Wilhelm Weber (Hrsg.), *Die Verstaatlichung in Österreich*, Berlin 1964, S. 9–339.

³¹ Vertragstext bei Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, S. 681–773.

³² Raab stand darin gegen den Leiter des Völkerrechtsreferats im Außenamt, Stephan Verosta, der die Okkupationstheorie mit dogmatischer Strenge vertrat und damit die Ansprüche auf das deutsche Eigentum rechtfertigte. Dazu Raab: „Wegnehmen ist eine bequeme Sache, aber ein Unrecht“, in: Protokoll eines Gesprächs mit Dozent Dr. Ludwig Jedlicka (Universität Wien), 13. 3. 1962. Wien, Politische Akademie [der ÖVP], Julius-Raab-Archiv. Vgl. Stephan Verosta, *Die internationale Stellung Österreichs. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938–1947*, Wien 1947; ders., *Politische und völkerrechtliche Aspekte der Besetzung Österreichs durch Deutschland*, in: Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Hrsg.), *Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938*, München 1973, S. 207–226. Zu Verostas Rolle vgl. auch Pape, *Die völkerrechtlichen und historischen Argumente*, S. 304; Hildegard Hemetsberger-Koller, *Julius Raab und die Verstaatlichung*, in: Brusatti/Heindl (Hrsg.), *Julius Raab*, S. 279–292; Fritz Diwok/Hildegard Koller/Reinhard Kamitz, *Wegbereiter des Wohlstands*, Wien 1977.

³³ Vgl. Pape, *Österreich und Deutschland*, Kap. 8, Abschnitt: *Die Frage des deutschen Eigentums und ihre Lösung*.

jeweils die Wertgrenze von 260 000 Schilling nicht überstiegen; bei den land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, den Grund- und Betriebsvermögen wurden die niedrigen Einheitswerte vom 1. Januar 1948 zugrunde gelegt. Dies alles erfolgte nicht aus Großzügigkeit, sondern aus reiner Not. Ohne die weitgehende Rückgabe des deutschen Privateigentums hätte Österreich seine internationale Kreditwürdigkeit nicht zurückgewonnen, die es als kapitalarmes Land für Investitionen in der verstaatlichten Industrie, im Kraftwerkbau und für den Aufbau des Bundesheeres dringend benötigte und für die es auf den deutschen und schweizerischen Kapitalmarkt angewiesen war³⁴. Die Sozialisten und der „linkskatholische“ Flügel der ÖVP ließen sich auf diese Regelung ein, da die verstaatlichte Industrie ohne Kredite nicht existieren konnte. Die österreichische Bundesregierung setzte – letztlich erfolgreich – darauf, daß die Sowjetunion ihr Vorgehen tolerierte. So gleicht die österreichische Politik vor und nach Unterzeichnung des Staatsvertrags einem Lavieren zwischen den wirtschaftspolitischen Gegensätzen innerhalb der Wiener Regierungskoalition, den Interessen der Vier Mächte und den Rückgabeforderungen der Bundesrepublik, an die Österreich auf Gedeih und Verderb gekettet war, wollte es seine wirtschaftliche Prosperität dauerhaft sichern.

Zurück blieben gerade bei Adenauer Ressentiments, die er österreichische Gesprächspartner immer wieder spüren ließ. Er hatte den Eindruck, daß es sich Österreich mit der Lösung der Staatsvertragsfrage und der Wiedergutmachung an den Opfern des NS-Regimes zu leicht gemacht habe³⁵. Diese Vorbehalte mußten den empfindlichen Raab kränken, der 1955 in Moskau das Undenkbare erreicht hatte und dessen Partei bei den Nationalratswahlen im Frühjahr 1956 so kräftig hinzugewann, daß sie die absolute Mehrheit der Mandate nur knapp verfehlte³⁶. Beim offiziellen Besuch des österreichischen Kanzlers in Bonn im Oktober 1956 „behandelte“ ihn Adenauer „ein bißchen als den Kleinen“³⁷. Zwischen beiden Politikern fehlte jedes Vertrauensverhältnis³⁸, obwohl sie sich in wesentlichen außen- und gesellschaftspolitischen Fragen nahe standen und auch innerparteilich den gleichen Füh-

³⁴ Zu den Kreditsondierungen, den Eigentumsverhandlungen und den Interessengegensätzen darüber, die den sozialpolitischen „linken“ ÖVP-Flügel an die Seite der SPÖ rückten, vgl. Pape, ebenda. Zum innenpolitischen Hintergrund, den Seilschaften und Intrigen vgl. Alexander Vodopivec, *Wer regiert in Österreich? Ein politisches Panorama*, Wien [1960].

³⁵ So noch im Juni 1962 beim Bundesparteitag der CDU in Dortmund gegenüber Staatssekretär Dr. Ludwig Steiner, der im Auftrag Raabs die ÖVP vertrat. Mitteilung Dr. Steiner an den Verfasser (1989).

³⁶ Die ÖVP erreichte 82 Mandate (vorher 74), die SPÖ 74 (73), die FPÖ 6 (14) und die KPÖ 3 (4). Zur österreichischen Proporzdemokratie, in der ÖVP und SPÖ alle Posten vom Minister bis hinunter zum Portier unter sich aufteilten, vgl. Vodopivec, *Wer regiert in Österreich?*

³⁷ So Raab im Protokoll des Gesprächs mit Jedlicka, 16. 2. 1962 (wie Anm. 32). Zu Raabs Besuch vgl. die Bewertung des Österreich-Referats im Auswärtigen Amt (künftig: AA) vom 26. 10. 1956, in: PA/AA, Ref 203, Bd. 65. Vgl. auch Adenauer, *Teegespräche 1955–1958*, S. 150–155.

³⁸ Urteil Schöners, der dadurch seine Arbeit genauso erschwert sah wie Mueller-Graaf, referiert von Franz Matscher, als Botschaftsrat Schöners Stellvertreter in Bonn (1963–1966), in: Schöner, *Wiener Tagebuch*, S. 9–14, hier S. 11.

rungsstil pflegten. Das ist – schon rein psychologisch – bei der Einschätzung von Raabs Deutschlandinitiative zu berücksichtigen, die für ihn auch eine Prestigefrage war.

II.

Die heikelste außenpolitische Initiative, die Julius Raab nach den Staatsvertragsverhandlungen ergriff, galt 1958 der Lösung der deutschen Frage. Sie beschäftigte ihn während der ganzen ersten Jahreshälfte, in der er zu inoffiziellen Besuchen nach Bonn, Rom, Washington und zu einem offiziellen Besuch nach Moskau reiste³⁹. Bei Raabs Initiative fielen Staatsräson und schwer auslotbare persönliche Motive zusammen. Nach Raabs Überzeugung hatte Österreich „seine Pflicht im deutschen Raum zu erfüllen“, wie er es 1954 anlässlich eines Besuchs von Franz Josef Strauß in Wien im kleinsten Kreis bekannt hatte⁴⁰. Raabs Ziel war nicht, wie Botschafter Mueller-Graaf im Laufe der Jahre immer wieder hervorhob, Österreich als „neutralen, ostalpinen Kleinstaat“ zu festigen: „In seinen Ideen spielt die Vorstellung eine entscheidende Rolle, dass Österreich und insbesondere Wien in neuen und anderen Formen seinen Funktionen als der grosse Mittelpunkt Ost- bzw. Südosteuropas wieder zugeführt werden muss.“ Raab glaubte nach Mueller-Graafs Eindruck „auch nicht, dass Europa auf die Dauer überhaupt erhalten und gerettet werden kann, wenn es nicht gelingt – und zwar verhältnismässig bald gelingt – den Satellitenraum aus dem diktatorischen Machtbereich der Sowjetunion zu lösen und ihn dem freien Europa wieder anzunähern. Er hält dies an sich im Hinblick auf den starken Freiheitswillen der gefangenen osteuropäischen Völker für möglich und sieht in der deutschen Wiedervereinigung den ersten Schritt zur Erreichung dieses Zieles. Er erblickt daher in ihr eine Lebensfrage der österreichischen Aussenpolitik.“⁴¹

Hinter Raabs politischem Denken verbarg sich eine ältere Vision österreichischer Außenpolitik in der Tradition des habsburgischen Reichsgedankens, der im kaisertreuen (dem sogenannten legitimistischen) Lager und während der Ersten Republik in der (katholischen) Christlichsozialen Partei weitergelebt hatte, deren Nachfolgepartei die Österreichische Volkspartei war. Raab, 1891 im niederösterreichischen Sankt Pölten geboren und im Benediktinerstift Seitenstetten erzogen, war 1927 für die Christlichsoziale Partei in den Nationalrat eingezogen und hatte im autoritären Christlichen Ständestaat (1934–1938) der von Bundeskanzler Dollfuß zur Abwehr von Nationalsozialismus und Austromarxismus gegründeten „Vaterländischen Front“ angehört. Im letzten Kabinett Schuschnigg war er noch kurz vor dem An-

³⁹ Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 21. 5. 1958/VS-Vertr., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

⁴⁰ Bericht Mueller-Graafs an AA, 24. 5. 1954, in: PA/AA, Abt. 2, Bd. 290, Bezugnahme darauf im Bericht vom 21. 1. 1958/VS-Vertr.

⁴¹ Bericht Mueller-Graafs an AA, 21. 5. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

schluß Österreichs Handelsminister gewesen. Die außenpolitische Ausrichtung Österreichs in den Donaauraum und die politische und wirtschaftliche Anbindung der Donaustaaten an Österreich waren Hauptziel der Christlichsozialen, vor allem von Bundeskanzler Ignaz Seipel, gewesen⁴². Diese Politik hatte im permanenten Konflikt mit der großdeutschen Idee gestanden, die im Anschluß Österreichs an Deutschland ihre letzte Erfüllung suchte und die die Großdeutsche Volkspartei, der Koalitionspartner der Christlichsozialen, und die von Otto Bauer geführten oppositionellen Sozialdemokraten propagierten.

Hinter dem Plan einer Donauföderation der aus der Monarchie hervorgegangenen Nachfolgestaaten hatten alte großösterreichische Reichskonzepte gestanden⁴³. Der Donaustaatenbund hatte auch in den sicherheitspolitischen Überlegungen der Westmächte, der Tschechoslowakei und Italiens über ein volles Jahrzehnt eine Rolle gespielt. Er sollte die wirtschaftliche, eventuell auch politische Anlehnung Österreichs an die Staaten der Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien) ermöglichen. Schon früh hatte diesen Plan Frankreich gefördert, das durch seinen Vertrag mit der ČSR (1924) mit dem Vertragssystem der Kleinen Entente verbunden war und in ihr neben Polen den östlichen Pfeiler seines Sicherheitssystems sah. Eine wirtschaftliche Donauföderation, etwa auf der Basis von Präferenzzöllen, hätte einen wirksamen Schutz gegen deutsches Vordringen in den südosteuropäischen Raum geboten.

Die Option für eine Politik Österreichs im Donaauraum war unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs wieder aufgelebt. So hatte Norbert Bischoff, ein Karrierediplomat des alten Wiener Außenministeriums, der 1947 als politischer Vertreter Österreichs (seit 1953 als Botschafter) nach Moskau entsandt wurde⁴⁴, Mitte 1945 die Hoffnung gehegt, Österreich könne zwischen den – damals noch nicht verfestigten – Ost-West-Blöcken eine eigenständige Rolle spielen und an seine alten Bindungen aus

⁴² Diese Richtung vertrat später innerhalb der ÖVP neben anderen Eduard Ludwig, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses im Nationalrat. Vgl. Eduard Ludwig, *Österreichs Sendung im Donaauraum. Die letzten Dezennien österreichischer Innen- und Außenpolitik*, Wien 1954. Diese Perspektive auch bei Tončić-Sorinj (1966–1968 Außenminister), Lujko Tončić-Sorinj, *Erfüllte Träume. Kroatien, Österreich, Europa*, Wien 1982.

⁴³ Vgl. zum folgenden Anton Staudinger, *Christlichsoziale Partei*, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hrsg.), *Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik*, Bd. 1, Graz 1983, S. 249–276, hier S. 258; Rudolf Wierer, *Der Föderalismus im Donaauraum*, Graz/Köln 1960; Holm Sundhaußen, *Die Kleine Entente. Zu ihrer Rolle im Versailler Vertrag*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 24 (1984), S. 17–34; Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 112f., 279; Anne Orde, *Großbritannien und die Selbständigkeit Österreichs 1918–1938*, in: *VfZ* 28 (1980), S. 224–247; Marie Luise Recker, *England und der Donaauraum 1919–1929*, Frankfurt a. M. 1976; Thomas Angerer, *Die französische Österreichpolitik vor dem „Anschluß“ 1938*, in: *VfZ* 40 (1992), S. 29–59.

⁴⁴ Norbert (von) Bischoff (1894–1962) war Ende 1938 entlassen, später in dauernden Ruhestand versetzt worden; 1945 Wiedereintritt und Leiter der Politischen Abteilung, 1946 politischer Vertreter in Paris, von Ende 1946 bis Ende 1958 in Moskau und Wegbereiter des Staatsvertrags. Vgl. Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, Kap. III. u. V. und passim.

der Zeit der Monarchie wieder anknüpfen. Bischoff sah im österreichisch-böhmischen Raum, trotz der „brutalen Austreibung der tschechoslowakischen Deutschen“⁴⁵, den Kernbereich eines eigenständigen Mitteleuropas⁴⁶. Dieses sollte seinen Rückhalt bei Frankreich suchen. Paris als letzte kontinentale Metropole Alteuropas, die noch kulturelles und historisches Prestige besitze, sollte zwischen den „Weltkolossen im Osten und Westen“ vermitteln. Bischoffs Vision, anstelle Berlins könne nun Wien zu einem neuen Kraftzentrum im mittelosteuropäischen Raum aufsteigen, war eine faszinierende Perspektive österreichischer Außenpolitik in der scheinbar offenen Situation des Jahres 1945, hatte aber keine lange Dauer, weil Mittel- und Südosteuropa unter die Herrschaft Moskaus fielen.

Für eine Politik im Donauraum trat auch Otto von Habsburg ein, der Anfang 1954 aus der Emigration nach Bayern übersiedelt war und dessen Villa in Pöcking am Starnberger See zum „Wallfahrtsort“ legitimistischer Kreise aus Österreich wurde. Otto durfte erst 1961, nachdem er seinen Thronverzicht erklärt hatte, wieder nach Österreich einreisen und löste damit eine Verfassungskrise aus⁴⁷. Eines seiner Hauptanliegen war das Schicksal der Völker, die einst zur Habsburgermonarchie gehört hatten. Der „Zauberformel Koexistenz“ zwischen West und Ost⁴⁸ begegnete er mit größtem Mißtrauen. Otto gründete seine Hoffnung auf einen Wandel, der Europa, dem ständigen Prozeß historischer Veränderung entsprechend, „seine wahren Grenzen“ zurückgeben und in „Rußland“ zu einer „weitestgehenden Änderung“ des Regimes führen werde. Otto von Habsburg machte sich zum Anwalt der Außenpolitik von John Foster Dulles und seiner „policy of liberation“. Nach der Befreiung Osteuropas von der sowjetischen Herrschaft sollten sich die kleineren Länder Ost- und Südosteuropas in Regionalbündnissen organisieren. Dabei schwebten Otto drei Föderationen vor Augen: eine balkanische, eine polnisch-baltische und die Donauföderation⁴⁹. Mit in seinem Kalkül lag, daß bei der starken, von den kommunistischen Regimen gewaltsam unterdrückten ethnisch-nationalen Rivalität der Völker Südosteuropas ihm selbst, wie den Habsburgern vor 1918, eine Rolle als ausgleichender und stabilisierender Faktor zufallen könnte – was 1990 für einen kurzen Augenblick in den Bereich des Möglichen fiel, als erwogen wurde, Otto zum Präsidenten Ungarns wählen und nach einem Plebiszit vielleicht auch

⁴⁵ Diese Etikettierung der früheren Deutschösterreicher in Böhmen und Mähren entsprach der Auffassung der von Karl Renner geführten provisorischen Staatsregierung, die in den nach Österreich abgeschobenen Altösterreichern tschechoslowakische Staatsbürger sah, die Österreich nicht aufnehmen müsse. Protokoll der Kabinettsratssitzung vom 12. 6. 1945, in: Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945–52, S. 85–97.

⁴⁶ Vgl. Denkschrift Norbert Bischoffs, Die außenpolitische Orientierung Oesterreichs (Wien, Juli 1945), in: NL Schöner, Kart. 2, Mappe 1.

⁴⁷ Vgl. Margareta Mommsen-Reindl, Die österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien/Köln/Graz 1976; Rauchensteiner, Die Zwei, S. 443, 456f.

⁴⁸ Otto von Habsburg, Friede dem Frieden, in: Die österreichische Furche, 25. 12. 1953, S. 1–2.

⁴⁹ Vgl. Bericht der Botschaft Brüssel über Ottos Vortrag im Rahmen der *Grandes Conférences Catholiques*, an AA vom 22. 12. 1953, in: PA/AA, Abt. 3, Bd. 28; Otto von Habsburg, Unbekanntes Osteuropa, in: Rheinischer Merkur, 5. 2. 1954, S. 4.

mit der Stefanskrone krönen zu lassen⁵⁰. Raab vermied jede Kontaktnahme mit dem Habsburger.

Geistiges Zentrum der Propagierung der Donauraumidee war das Forschungsinstitut für Fragen des Donauraumes in Salzburg⁵¹, der wichtigste Stützpunkt der Legitimisten, die zwar einen kleinen, aber einflußreichen und finanziell starken Kreis bildeten. Sie gehörten zum Teil dem früheren christlichsozialen Lager, zum Teil der ÖVP an oder standen ihr nahe. Unmittelbar nach 1945 hatten sie ihre Hoffnungen auf eine habsburgisch regierte Föderation aus dem katholischen Bayern, Österreich und Ungarn gesetzt. Im Jahr 1951 präsentierten sie als Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl Herzog Max von Hohenberg, den Sohn des 1914 ermordeten Franz Ferdinand; Bundeskanzler Figl hatte die Kandidatur in letzter Minute abwenden können. Das Salzburger Institut war von Theodor Hornbostel 1953 gegründet worden, dem Leiter der politischen Abteilung des Wiener Außenministeriums vor 1938 und Doyen der österreichischen Diplomatie mit engen Kontakten zur ÖVP. Aufgabe des Instituts war die Analyse der politischen, wirtschaftlichen und ethnischen Probleme des Donauraumes und die Erkundung der Voraussetzungen für eine nachbarliche und regionale Organisation seiner Völker in Übereinstimmung mit den Zielen des Europarats und der Vereinten Nationen⁵². Zu den Vorstandsmitgliedern zählten der Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung „Die österreichische Furche“, Friedrich Funder, vor 1938 Chefredakteur der christlichsozialen „Reichspost“, der sich 1956/57 während der Eigentumsverhandlungen zwischen Bonn und Wien gegen jede engere wirtschaftliche und politische Bindung Österreichs an Westdeutschland aussprach und damit Raab unter Druck setzte; neben ihm Gustav A. Canaval, Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“, der sein Blatt immer wieder Otto von Habsburg für große Aufsätze öffnete; der Wiener Historiker (und Benediktiner) Hugo Hantsch, der der Vaterländischen Front angehört hatte und nach 1945 für eine Lösung vom „gesamtdeutschen Geschichtsbild“ seines Lehrers Heinrich von Srbik eintrat, sowie Carl Karwinsky, als Staatssekretär für Sicherheit einst ein enger Vertrauter von Dollfuß⁵³. Dem Institutsvorstand ging es jedoch um mehr als um reine Forschung; nämlich eine Restauration der Habsburger an der Spitze einer Födera-

⁵⁰ Vgl. Andreas Razumovsky, Rückkehr der Nachbarn. Wollen die Österreicher eine neue Donau-Föderation?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (künftig: FAZ), 17. 1. 1990. Das „Presse“-Interview mit Otto von Habsburg, in: Die Presse (Wien), 8. 10. 1991, S. 3.

⁵¹ Vgl. Hintergrundbericht von Fritz Valjavec, Leiter der Studiengruppe Südost in München, an AA vom 15. 12. 1955, in: PA/AA, Ref. 304, Bd. 30 (vgl. Anm. 61). Zeitschrift des Salzburger Instituts war *Der Donauraum* (seit 1956). Zum folgenden Pape, Österreich und Deutschland, Kap. 3: Die Diskussion über das gemeinsame Erbe: Reich – Europa – Abendland.

⁵² Vgl. Alfred Ableitinger, Theodor Hornbostels und Friedrich Funders Diskussion in den Jahren 1953/55, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1985), S. 191–212.

⁵³ Vgl. Hedwig Pfarrhofer, Friedrich Funder, Ein Mann zwischen Gestern und Morgen, Graz/Wien/Köln 1978; Hugo Hantsch, Die Krise der Geschichtsauffassung, in: Wissenschaft und Weltbild [Wien] 1 (1948), S. 50–61; ders., Der Völkerstaat an der Donau. Österreich-Ungarn von 1866 bis 1918, in: Otto Schulmeister (Hrsg.), Spectrum Austriae, Wien 1957, S. 151–194. Zu Hornbostel und Karwinsky vgl. Tončić-Sorinj, Erfüllte Träume, S. 166 f.

tion der aus der Monarchie hervorgegangenen Nachfolgestaaten. Zu den Optionen dieses Kreises gehörte, daß Otto von Habsburg eines Tages die Donauföderation führen sollte, ob als restaurierter Kaiser oder Präsident⁵⁴. Als Dekorum des Instituts diente ein wissenschaftlicher Beirat, der sich aus Emigranten der Länder der ehemaligen Donaumonarchie zusammensetzte.

Als Salvador de Madariaga Anfang 1958 vorschlug, Wien zur Hauptstadt Europas zu machen, weil Wien „die einzige Großstadt Europas“ sei, „die europäisch in der Vielfalt ihrer Ausstrahlung ist und nicht nur eine nationale Kultur widerspiegelt“⁵⁵, kam dies der von Österreich in Anspruch genommenen Rolle als Herzland Europas und Brücke zwischen West und Ost entgegen. Der amerikanische Botschafter in Wien sah darin nichts anderes als „high flights of fanciful wishful thinking“⁵⁶. Madariagas Wien-Eloge traf sich mit den um die Geschichte Österreichs und letzte Fragen menschlichen Daseins kreisenden Reflexionen, die Reinhold Schneider im Winter 1957/58 in der Habsburgermetropole anstellte und mit denen er das Österreich-Bild namentlich des katholischen Bildungsbürgertums in der Bundesrepublik nachhaltig beeinflusst hat⁵⁷.

Die Europaidee lebte in Österreich weniger in der Gegenwart als aus der Geschichte: von der Erinnerung an das Zusammenleben verschiedener Völker in der Habsburgermonarchie, während die Europaidee Adenauers, Schumans und de Gasperi in die Zukunft wies und den Zusammenschluß der Staaten Westeuropas befördern sollte⁵⁸. Zwar wurde in Österreich die „Europamission“ des Landes unentwegt beschworen, doch hatte man anderes als die Westeuropäer im Blick: die Brückenfunktion zu den Ländern Südosteuropas, auf keinen Fall aber eine Existenz als Anhängsel Westeuropas, von dem jedoch, ob man wollte oder nicht, die wirtschaftliche Existenz des Landes abhing. Gleichwohl lehnte Österreich 1959 den Beitritt zur EWG ab, um die verstaatlichte Industrie als (angeblicher) Garant der Unabhängigkeit des Landes nicht dem internationalen Wettbewerb auszusetzen⁵⁹. Politik, Diplo-

⁵⁴ Vgl. Bericht Valjavec (Studiengruppe Südost) vom 26. 7. 1954: Beschwörung des Heiligen Römischen Reiches, in: PA/AA, Abt. 3, Bd. 28.

⁵⁵ Salvador de Madariaga, Zur Wahl der „Hauptstadt Europas“, in: Neue Zürcher Zeitung, 16. 2. 1958.

⁵⁶ Brief von Matthews an den Assistant Secretary des State Department für Europa, Wien, 17. 9. 1958, in: Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1958–1960, Bd. IX: Berlin Crisis 1959–1960; Germany; Austria, Washington 1993, S. 782–785, hier S. 782.

⁵⁷ Vgl. Reinhold Schneider, Winter in Wien. Aus meinen Notizbüchern 1957/58, Freiburg i. Br. 1958.

⁵⁸ Zum ideologischen Gehalt der Europaidee vgl. Fritz Fellner, Nationales und europäisch-atlantisches Geschichtsbild in der Bundesrepublik und im Westen in den Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Ernst Schulin (Hrsg.), Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965), München 1989, S. 213–226.

⁵⁹ Dem EWG-Beitritt standen nicht die Neutralität und völkerrechtliche Gründe entgegen, wie Politiker der SPÖ, des „linkskatholischen“ ÖVP-Flügels, große Teile der Publizistik und der Politikwissenschaftler (bis 1989/90) behaupteten, sondern ideologische. Erst die Lösung von der Idee des sozialistischen Wohlfahrtsstaates und die Teilprivatisierung der verstaatlichten Industrie

matie und die Erinnerung an die politisch-kulturelle Vormachtrolle der Habsburgermonarchie in Südosteuropa durchdrangen sich im konservativen Lager nach 1945 in eigentümlich irrealer Weise, während die Sozialisten einen Schlußstrich unter Monarchie und Habsburgertum ziehen wollten. Für sie gab es nur einen historischen Bezugspunkt: die Gründung der Republik im Jahr 1918. Die österreichische Diskussion über das Geschichtsbild⁶⁰ und die Versuche, die geistigen und politischen Fäden zum Donauraum nicht ganz abreißen zu lassen, verschwanden für die deutsche Öffentlichkeit wie hinter einem Vorhang. Darüber informierten gelegentlich der Rheinische Merkur oder, freilich im verborgenen, Botschafter Mueller-Graaf sowie die von Fritz Valjavec geleitete Münchner Studiengruppe Südost an das Auswärtige Amt⁶¹. So eng Deutschland und Österreich nach 1938 zusammengeschlossen waren, so weit waren sie nach 1945 – zumindest für die deutsche Öffentlichkeit – wieder auseinandergerückt.

Um seiner Vision einer Befreiung der Staaten Osteuropas aus dem Machtbereich der Sowjetunion und einer dann möglichen neuen Schlüsselrolle Österreichs in Südosteuropa näherzukommen, mußte Julius Raab daran liegen, die Lösung der deutschen Frage voranzubringen. Hinzu traten persönliche Gründe: Die Bundespräsidentenwahl im Mai 1957 hatte der parteilose und weitgehend unbekannte Wiener Medizinprofessor Wolfgang Denk – von Raab innerparteilich im Alleingang und mit Zustimmung der Freiheitlichen Partei Österreichs nominiert – gegen Adolf Schärff verloren⁶²; im Spätsommer 1957 hatte Raab dann einen Schlaganfall erlitten und war nach der mühsam überwundenen Lähmung einer Körperhälfte nicht nur physisch behindert, sondern auch politisch geschwächt. Nach Mueller-Graafs Beobachtungen⁶³

ebneten Österreich den Weg zum Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1995. Vgl. Matthias Pape, Österreich und Deutschland, Kap. 8, Abschnitt: Wandlungen des Neutralitäts- und Nationsbegriffs in Österreich 1955–1965.

⁶⁰ Vgl. Fritz Fellner, Die Historiographie zur österreichisch-deutschen Problematik als Spiegel der nationalpolitischen Diskussion, in: Heinrich Lutz/Helmut Rumpler (Hrsg.), Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Probleme der politisch-staatlichen und soziokulturellen Differenzierung im deutschen Mitteleuropa, Wien/München 1982, S. 33–59; ders., Das Problem der österreichischen Nation nach 1945, in: Otto Büsch/James J. Sheehan (Hrsg.), Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart, Berlin 1985, S. 193–220. Eine Art Selbstbespiegelung aller politischen Lager bei Robert Kriechbaumer (Hrsg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung (Bd. 1): Die Sicht von innen, Wien/Köln/Weimar 1998.

⁶¹ Im Rheinischen Merkur berichteten Paul Wilhelm Wenger und Adam Wandruszka. Die Hintergrundberichte der Studiengruppe Südost an den Leiter des Münchner Südost-Instituts, Valjavec, verfaßten Mitarbeiter in Wien. Diese (nicht immer seriösen) Informationen glichen einer regelrechten Zweitberichterstattung neben der offiziellen der Botschaft.

⁶² Vgl. Lothar Höbelt, Die Bundespräsidentenwahlen in der 1. und 2. Republik, Wien 1986, S. 23–25, 30.

⁶³ Die folgenden Zitate aus Mueller-Graafs Bericht an AA, 21. 5. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien. Der im folgenden genannte Felix Hurdes war einer der Parteigründer und Führer des nach 1945 einflußreichen „linkskatholischen“ Parteiflügels, Generalsekretär der ÖVP (1945–1951) und Unterrichtsminister (1945–1952), danach Erster Nationalrats-

mischten sich bei Raabs Deutschlandinitiative innen- und außenpolitische Motive: „Innenpolitisch würde er sich im Falle eines Erfolges wieder als der Staatsmann erweisen, der schon einmal für unmöglich Gehaltenes fertiggebracht hat. Er würde damit in der eigenen Partei und in der Koalition das Heft wieder fester in die Hand bekommen. In der ÖVP ist eine starke Gruppe vorhanden, die daran denkt, den kranken Mann, an dessen Durchschlagskraft für die nächsten Wahlen sie zur Zeit zweifelt, zum Rücktritt zu veranlassen. Allerdings ist der Kampf um seine Nachfolge, nach der sich insbesondere Hurdas und Graf drängen, während Figl sich taktvoll und klug im Hintergrunde hält, noch keineswegs entschieden und schon deshalb die Gefahr in der eigenen Partei zur Zeit nicht ganz akut.“ Ähnlich taktiere die SPÖ. Raab versuche, „obwohl er von seinen Erfolgsaussichten m. E. tief durchdrungen ist, als vorsichtiger Taktiker seine Handlungen zu camouflieren und zu bagatellisieren, um im Falle des Misserfolges sagen zu können, dass ja eigentlich nichts gewesen sei.“

Als weiteres Motiv wäre Raabs Bewußtsein zu nennen, mit der Lösung der Staatsvertragsfrage Adenauer in Bedrängnis gebracht zu haben und dies bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit „wiedergutmachen“⁶⁴ zu wollen. Wahrscheinlich haben die massiven Vorwürfe, die Thomas Dehler und Gustav Heinemann in der Nachtsitzung des Bundestages am 23./24. Januar 1958 gegen Adenauer erhoben hatten, Raab in seinem Vorhaben noch bestärkt⁶⁵. Beide früheren Kabinettsmitglieder hatten behauptet, der Bundeskanzler habe alle Chancen für die deutsche Wiedervereinigung „versäumt“. Dehlers emotionsgeladene und Heinemanns kühl berechnete Attacke heizten die öffentliche Diskussion über die ungelöste nationale Frage an wie nie zuvor⁶⁶. Die politischen und publizistischen Gegner von Adenauers Deutschlandpolitik sahen sich nun bestätigt. Adenauer erlebte einen Autoritätsverlust in der eigenen Bundestagsfraktion⁶⁷. Diese Bundestagsdebatte wurde zur eigentlichen Geburtsstunde der Legende, Adenauer habe das Verhandlungsangebot Stalins von 1952 über die

präsident (1953–1959). Ferdinand Graf war Direktor des Bauernbundes, einer der drei Bünde, aus denen sich die ÖVP zusammensetzte, und Staatssekretär im Innenministerium (1945–1956), danach Bundesminister für Landesverteidigung (1956–1961). Vgl. Robert Kriechbaumer, *Von der Illegalität zur Legalität. Die ÖVP im Jahr 1945. Politische und geistesgeschichtliche Aspekte des Entstehens der Zweiten Republik*, Wien 1985.

⁶⁴ Diese Skrupel Raabs bestätigte dem Verfasser Dr. Steiner (Wien), als Raabs Sekretär einer seiner engsten Mitarbeiter.

⁶⁵ Vgl. Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 23. 1. 1958, S. 384–399, 401–406; Dehlers Rede, in: *DzD*, III. Reihe, Bd. 4 (1958), S. 374–397; Heinemanns Rede, in: *Ebenda*, S. 399–409 (mit Sachkommentar). Vgl. auch Schwarz, *Adenauer*, S. 402–409; Köhler, *Adenauer*, S. 966–977; Rainer Zitelmann, *Adenauers Gegner. Streiter für die Einheit*, Erlangen 1991, S. 116f., 133f.; Friedrich Klingl, „Das ganze Deutschland soll es sein!“ Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre, München 1987, S. 309–319; Udo Wengst, *Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie*, München 1997, S. 309–311, und: Exkurs über Dehlers Verhältnis zu Adenauer, S. 131–134.

⁶⁶ Vgl. Theodor Heuss, *Tagebuchbriefe 1955/63. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper*, hrsg. von Eberhard Pikart, Tübingen/Stuttgart 1970, S. 303–305.

⁶⁷ Vgl. Schwarz, *Adenauer*, S. 409.

deutsche Wiedervereinigung leichtfertig ausgeschlagen und mit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO die Einheit verspielt⁶⁸. Dies entsprach keineswegs der Auffassung in Österreich. Raab verurteilte gegenüber Mueller-Graaf Dehlers und Heinemanns Reden „als Hilfe für die sowjetische Politik“⁶⁹. Bruno Kreisky (SPÖ), Staatssekretär im Außenamt, wandte sich gegen Erich Ollenhauers Vorstellung einer „Politik der Dritten Kraft“⁷⁰. Das Zugeständnis der Neutralität an Österreich sei nur ein Köder der Sowjets für die Deutschen gewesen. Den 1957 vom polnischen Außenminister Rapacki vorgelegten Plan atomwaffenfreier Zonen in Mitteleuropa lehnten Kreisky wie Adenauer und Raab – im Gegensatz zu den britischen und deutschen Sozialdemokraten – ab, da der Plan eine Schwächung des Westens bedeute⁷¹. Mueller-Graaf betonte, daß in Wien „keinerlei ‚westlicher Gegendruck‘ vonnöten“ sei, „weil die Auffassungen des Ballhausplatzes nach wie vor eindeutig gegen alles gerichtet sind, was zur Schwächung der militärischen Abwehrkraft Westeuropas beitragen könnte“⁷². Dies verweist erneut auf die österreichischen Sicherheitsinteressen, welche die Neutralität des Landes nur im Schutz der NATO gewahrt sahen. Raab mag also nach Dehlers und Heinemanns Attacken die Vorstellung bedrängt haben, durch die Lösung der Österreich-Frage den Gegnern der Adenauerschen Außen- und Verteidigungspolitik ungewollt in die Hand gespielt zu haben.

III.

Raab wollte in dieser Situation und vor den für 1958 geplanten Reisen nach Rom, Moskau und Washington mit Adenauer über Lösungsmöglichkeiten in der deutschen Frage sprechen. Er sah sich dabei in der Rolle eines Vermittlers, vielleicht sogar des „ehrlichen Maklers“. Die anlaufende Aktion blieb zunächst in geheimnisvollem Dunkel. Am Anfang stand vermutlich ein Gespräch Raabs mit dem sowjetischen Botschafter⁷³. Raab, ohnehin ausgesprochen wortkarg, ließ sich von seinen engsten Mitarbeitern nicht in die Karten schauen. Auch das Außenamt erhielt keine Information. Selbst gegenüber Botschafter Mueller-Graaf, mit dem ihn ein Vertrauensverhältnis verband, äußerte Raab außer dem Wunsch einer unauffälligen Begegnung mit

⁶⁸ Vgl. Manfred Kittel, *Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952–1958*, in: VfZ 41 (1993), S. 355–389, hier S. 381–384.

⁶⁹ Bericht Mueller-Graafs an AA, 25. 2. 1958/geh., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf; Politische Berichte aus Wien.

⁷⁰ Kreisky in einem Vortrag beim Internationalen Diplomaten-Seminar auf Schloß Klessheim bei Salzburg, 17. 8. 1957. Aufzeichnung von Legationssekretär Alfred Grahn, Bonn, 22. 8. 1957, in: PA/AA, Ref. 203, Bd. 66; vgl. Pape, *Die deutsch-österreichischen Beziehungen*, S. 159.

⁷¹ Vgl. Telegramm Mueller-Graafs an AA, 23. 1. 1958, in: PA/AA, Ref. 203, Bd. 113.

⁷² Bericht Mueller-Graafs an AA, 25. 2. 1958/geh., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf; Politische Berichte aus Wien.

⁷³ So äußerten sich unabhängig voneinander dem Verfasser gegenüber Außenminister a. D. Karl Gruber (†) und Dr. Steiner (1989).

Adenauer keine konkreten Gesprächswünsche. Raab warf bewußt den Kredit in die politische Waagschale, den er sich als „Staatsvertragskanzler“ erworben hatte.

Vierzehn Tage vor Raabs Reise nach Bonn unterrichtete Karl Gruber (ÖVP), der als Außenminister im Jahr 1953 den ersten offiziellen Besuch von österreichischer Seite in Bonn absolviert hatte und Vertreter einer kompromißlosen Linie gegenüber Moskau war⁷⁴, Mueller-Graaf über die deutschlandpolitische Strategie des österreichischen Bundeskanzlers. Mueller-Graaf galt in Wien als absoluter Gefolgsmann Adenauers und seiner Politik der Nichtanerkennung der DDR⁷⁵. Gruber zog Mueller-Graaf „beim schwarzen Kaffee in ein höchst vertrauliches Gespräch“ und „deutete dabei an, dass seine Gedankengänge weitgehend mit denen Raabs übereinstimmen, und dieser, wie er anzunehmen schien, in ähnlichem Sinne mit Herrn Bundeskanzler Adenauer zu sprechen beabsichtige“⁷⁶.

Nach Raabs Auffassung waren in der Frage der deutschen Wiedervereinigung „die beiderseitigen Standpunkte hoffnungslos eingefroren“, was „zur dauernden Teilung Deutschlands und Europas führen“ könne. Nötig sei eine „Auflockerung“ durch „neue Ideen und Methoden“ und Vorschläge, wie sie etwa der Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, gemacht habe, die Raab als „der richtige Weg“ erschienen. Es müsse, ähnlich wie bei den Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag, eine Kommission gebildet werden, in der Bonn, eventuell auch West-Berliner Vertreter, und Ost-Berlin „in einem abgesteckten Rahmen praktisch miteinander zu reden beginnen“⁷⁷. Auf Mueller-Graafs Einwand, daß die DDR „ja mit Moskau identisch sei und man dann wohl sehr viel besser gleich mit Moskau rede“, entgegnete Gruber, man könne der Weltmacht Sowjetunion nicht den Unterhändler vorschreiben, wenn sie sich, wie hier, auf einen solchen festgelegt habe. Ohne Verhandlungen mit den Kommunisten sei kein Vorankommen möglich. Wenn sich die Ver-

⁷⁴ Gruber war nach seiner Tätigkeit als Botschafter in Washington (1954–1957) stellvertretender Generaldirektor der Weltatombehörde in Wien und trat 1961 wieder in den diplomatischen Dienst ein. Vgl. Lothar Höbelt/Othmar Huber (Hrsg.), Für Österreichs Freiheit. Karl Gruber – Landeshauptmann und Außenminister 1945–1953, Innsbruck 1991.

⁷⁵ Dafür beispielhaft ist seine Demarche gegen den ersten Auftritt einer offiziellen DDR-„Delegation“ 1956 in Wien. Vgl. Matthias Pape, Mozart und der Kalte Krieg. Die Entsendung einer DDR-„Delegation“ zum internationalen musikwissenschaftlichen Kongreß in Wien 1956, in: Deutschland Archiv 31 (1998), S. 760–772.

⁷⁶ Persönliches Schreiben Mueller-Graafs an Außenminister von Brentano, Wien, 27. 2. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

⁷⁷ Ebenda. Willy Brandt hatte seine Bereitschaft erklärt, mit dem Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Ebert, zusammenzutreffen. Er hielt auch „technische Kontakte“ mit dem Ostberliner Magistrat durch höhere Beamte für möglich: „Wir sind bereit, gewisse unsinnig gewordene Auswüchse des Kalten Krieges aus der Welt zu schaffen.“ Vgl. Die Welt, 15. 3. 1958: Brandt und Ebert für Entspannung in Berlin. In seinen wenig präzisen Erinnerungen spricht Gruber von „tatsächlicher Aufnahme von Beziehungen“ zwischen Bonn und Ost-Berlin. Vgl. Karl Gruber, Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen, Wien/München/Zürich 1976, S. 193–195. Gruber nennt, wenig überzeugend, als Motiv für Raabs Initiative den brachliegenden Außenhandel mit der DDR, der von der Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen abhing.

handlungen der Kommission auf Berliner Ebene vollzogen, spielten sie sich der Form nach nicht als Verhandlungen zwischen zwei Staaten ab. „Natürlich werde die ‚westliche‘ Delegation jeden Tag mit Bonn und dieses mit dem Westen und umgekehrt die ‚östliche‘ jeden Tag mit Pankow und Moskau in Fühlung sein.“ Moskau liege nicht daran, das vereinigte Deutschland kommunistisch zu infiltrieren, es werde aber „nur solche Änderungen in Mitteleuropa zulassen, die seine militärpolitische Lage nicht wesentlich verschlechterten“. Nach Gruber könnten, vergleichbar mit Österreich, nur in mühsamen und jahrelangen Bemühungen Lösungen gefunden werden, die Moskau akzeptabel erschienen. Die NATO dürfe nicht gefährdet, das Vertrauen der Amerikaner, mit denen alles abzustimmen sei, in keiner Weise erschüttert werden, so wie er, Gruber, „seinerzeit mit Dulles geheim das Feld für die Verhandlungen in Moskau über den Staatsvertrag abgesteckt“ habe. Die eine Begrenzung des Verhandlungsrahmens müsse darin liegen, daß die Amerikaner nicht aus Europa abzögen, die andere ergebe sich aus dem Willen Moskaus, seine sicherheitspolitische Lage nicht zu verschlechtern. Gruber bestand darauf, daß Bonn selbst die Initiative ergreifen müsse und sie nicht den Westmächten überlassen dürfe. Er „sei fest davon überzeugt, dass im Grunde Frankreich und noch viel mehr England gegen die Wiedervereinigung seien. Sie sagten uns natürlich das Gegenteil.“ Das war, wie Mueller-Graaf einfügte, die seit Jahren vom Ballhausplatz vertretene Auffassung. Nur zusammen mit den Amerikanern konnte Bonn nach Grubers Meinung die Sache vorantreiben. Daß die deutsche Frage in Bewegung gehalten werde, sei auch parteipolitisch wichtig. Die Politik der deutschen Opposition „sei ja zwar Gott sei Dank bisher äusserst jämmerlich gewesen, sie habe weder schwarz noch weiss gesagt, sondern grau, und damit sei natürlich nichts zu machen. Die Dinge könnten sich aber leicht ändern, und die Gefahr, dass die CDU, der sie als ÖVP sich doch sehr nahe fühlten, die nächsten Wahlen verliere, werde immer grösser.“ Mueller-Graaf fügte hinzu, daß hier Gruber „offenkundig auch die Sorgen von Raab“ aussprach. In einem späteren Bericht an das Auswärtige Amt nannte Mueller-Graaf als eine nach Gruber weitere notwendige Voraussetzung ein Gesetz, das die Machthaber im SED-Regime amnestiere, „um auf diese Weise der Sowjetzone goldene Brücken zu bauen, Widerstände auszuräumen und gleichzeitig der Sowjetunion das Gesicht wahren zu helfen“⁷⁸.

Raab erklärte in einer Rundfunkansprache am 1. März, daß er nicht beabsichtige, sich in stärkerem Maße in die Gespräche zwischen Ost und West einzuschalten. Doch genau darum ging es ihm. Er wollte freilich den Spekulationen vorbeugen, die bereits in Wiener Zeitungen angestellt worden waren, deutsche Regierungskreise hätten eine Intervention Raabs in der Frage der deutschen Wiedervereinigung gewünscht⁷⁹. „Niemals“, so erklärte Raab nach Ausscheiden aus dem Re-

⁷⁸ Bericht Mueller-Graafs an AA, 21. 5. 1958/VS-Vertr., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

⁷⁹ Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 25. 2. 1958, in: Ebenda; Bericht des Bonner Korrespondenten der „Presse“ (Wien) vom 23. 2. 1958; Bonn: Raab soll vermitteln.

gierungsamt im Rückblick, sei „irgendeine Instanz“ an ihn herangetreten, „um ihm einen offiziellen Auftrag zur Vermittlung in der Deutschlandfrage zu erteilen“⁸⁰.

Um seine Reise nach Bonn so unpolitisch wie möglich erscheinen zu lassen, verfiel vermutlich Raab selbst auf die Idee, die geplante Investitur Adenauers zum „Ehrenritter“ des Deutschen Ordens zum Anlaß einer Begegnung mit Adenauer zu nehmen und bei der feierlichen liturgischen Zeremonie die Patenschaft zu übernehmen⁸¹. Beide Bundeskanzler waren zusammen Anfang 1957 zu „Ehrenrittern“ ernannt, Raab war im Juni 1957 in Wien investiert worden⁸². Er hatte sich wohl bei seinem Besuch im Oktober 1956 in Bonn im Auftrag des Ordens um Adenauers Zustimmung bemüht und diesem im Auftrag des Ordens-Hochmeisters, der seinen Sitz in Wien hatte, eine voluminöse Darstellung zur Geschichte des Ordens überreicht⁸³. Dessen Aktivitäten lagen seit Ende des Ersten Weltkrieges im karitativen Bereich und erstreckten sich auf den westdeutschen, österreichischen und Südtiroler Raum⁸⁴. Der Kontinuitätsbruch mit der Tradition des mittelalterlichen Ritterordens, der vom 13. bis zum 16. Jahrhundert den Deutschordensstaat in Preußen und einen ähnlich gearteten Territorialstaat in Livland errichtet hatte, war unübersehbar. Im Vergleich mit anderen karitativen Gemeinschaften war der Orden förmlich bedeutungslos. Von den Nationalsozialisten aufgelöst und enteignet, stand er seit Mitte der fünfziger Jahre in einer Phase der Reorganisation und suchte mit der Idee des „christlichen Abendlandes“, die sich am Ende des Jahrzehnts schon überlebt hatte, für sich zu werben; die Aufnahme beider Bundeskanzler sollte dem Orden neuen Glanz verleihen. Adenau-

⁸⁰ Protokoll über das Gespräch Jedlickas mit Raab vom 1. 3. 1962 (wie Anm. 32).

⁸¹ Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 4. 3. 1958/geh., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

⁸² Aufnahmebeschluß auf der Sitzung des Generalrats des Ordens am 21. 2. 1957 in Rom. Vgl. Gerard Müller, Die Familiaren des Deutschen Ordens, Marburg 1980, S. 186, zu Adenauers Aufnahme S. 158f., 330–332.

⁸³ Raab überreichte das Werk Marian Tumlers (1948–1970 Hochmeister des Ordens), *Der Deutsche Orden im Werden, Wachsen und Wirken bis 1400 mit einem Abriss der Geschichte des Ordens von 1400 bis zur neuesten Zeit*, Wien 1955. Dazu Dankbrief Adenauers an Marian Tumler, 29. 10. 1956, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1998, S. 256. Vgl. auch Marian Tumler/Udo Arnold, *Der Deutsche Orden. Von seinem Ursprung bis zur Gegenwart*, 5., überarb. u. erw. Aufl. Bad Münstereifel 1992.

⁸⁴ Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 4. 3. 1958/geh., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien. Der Deutsche Orden war 1809 in den Rheinbundstaaten von Napoleon aufgehoben, 1834 in Österreich als Deutscher Ritterorden von Franz I. wiederbelebt, 1923 in einen Priesterorden umgewandelt und nach 1945 in den Balleien Deutschland, Österreich und Italien wiederhergestellt worden. Er wurde den klerikalen Bettelorden zugerechnet und zählte 1958 nicht mehr als 93 Ordensbrüder. Zu den „Familiaren“ des Ordens gehören „Ehrenritter“ und „Marianer“. Diese sollten einen musterhaften katholischen Lebenswandel führen, die Marienfrömmigkeit pflegen und den Orden „durch Gebet und Opfer“, also vor allem finanziell unterstützen. Vgl. Müller, *Familiaren des Deutschen Ordens. Über die Ordensaktivitäten berichtete im Vorfeld von Adenauers Investitur Die Welt*, 10. 3. 1958: „Ehrenritter“ im Deutschen Orden.

ers Investitur machte ihn in der deutschen Öffentlichkeit überhaupt erst wieder bekannt⁸⁵.

Julius Raab und der Wiener Hochmeister hatten freilich die Wirkung von Adenauers Ordensinvestitur auf die polnische Öffentlichkeit nicht bedacht oder zu gering veranschlagt. Hauptfeind der Ideologie des kommunistischen Polen und wichtigstes Instrument des Machterhalts der Kommunisten war – auch nach Aufhebung des Kriegszustands mit Deutschland im Februar 1955 und unter Gomulka als Integrationsfigur aller politischen Lager nach dem „Warschauer Herbst“ des Jahres 1956 – das Deutschtum. Es wurde vor allem mit der gewaltsamen Missionspolitik und Staatsgründung des Deutschen Ordens, seinen Hochmeistern und ihrem Sitz auf der Marienburg assoziiert, denen im beginnenden 14. Jahrhundert im polnischen Königtum der schärfste Gegner erwachsen war⁸⁶. Die Ordensgeschichte nahm in der polnischen Literatur (Adam Mickiewicz, Henryk Sienkiewicz) unter allen historischen Stoffen von der Romantik bis nach 1945 den ersten Platz ein⁸⁷, der Kreuzritter war das negative Symbol für Deutschland schlechthin⁸⁸.

Das kommunistische Polen war zu einer entideologisierten Beurteilung der deutschen „Ostbewegung“ und „Kolonisationsarbeit“ nicht bereit. Diese war nach 1918 von der vom Volkstumskampf beeinflussten deutschen Geschichtsschreibung mit ihren fließenden Übergängen zur NS-Ideologie als kolonimatorische „Großtat“ des deutschen Volkes überzeichnet worden⁸⁹; die westdeutsche Ostforschung hatte sich davon

⁸⁵ Gleichzeitig mit Adenauer wurde Bundesminister Franz Josef Strauß als „Familiare“ aufgenommen, die Investitur aber auf Wunsch von Strauß erst 1967 vorgenommen.

⁸⁶ Zum Deutschen Orden als Kontroverspunkt der deutschen und polnischen Geschichtsschreibung vgl. Udo Arnold, Die Historische Kommission für ost- und westpreussische Landesforschung – Kooperation über die Grenzen, in: Werner Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen, Bonn 1984, S. 245–251. Dazu am deutlichsten wie überhaupt zu allen Aspekten der Ordensgeschichte der Ausstellungskatalog: 800 Jahre Deutscher Orden, hrsg. v. Germanischen Nationalmuseum Nürnberg in Zusammenarbeit mit der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens v. Gerhard Bott u. Udo Arnold, Gütersloh/München 1990, S. 437–505. In Distanz zur älteren deutschen Geschichtsschreibung vgl. Hartmut Boockmann, Deutsche Geschichte im Osten Europas. Ostpreußen und Westpreußen, Berlin 1992.

⁸⁷ Dazu die vergleichende stoffgeschichtliche Untersuchung von Rolf-Dieter Kluge, Darstellung und Bewertung des Deutschen Ordens in der deutschen und polnischen Literatur, in: Zeitschrift für Ostforschung 18 (1969), S. 15–53.

⁸⁸ Vgl. ebenda, S. 40–43, 45–47; Jan M. Piskorski, „Das Kreuzritter-Reptil wird niemand zähmen“. Adam Mickiewicz über den Deutschen Orden und die Deutschen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 48 (1997), S. 23–40, hier S. 24. Vergleichende Analyse des deutschen und polnischen Geschichtsbildes bei Hartmut Boockmann, Die Vergangenheit des Deutschen Ordens im Dienste der Gegenwart. Ein Beitrag zur „Rezeption“ mittelalterlicher Geschichte im Zeitalter der modernen Nationalstaaten, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 41 (1990), S. 370–379.

⁸⁹ Vgl. Karl Hampe, Der Zug nach dem Osten. Die kolonimatorische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter, Leipzig 1921; Gerd Althoff, Die Beurteilung der mittelalterlichen Ostpolitik als Paradigma für zeitgebundene Geschichtsbewertung, in: Ders. (Hrsg.), Die Deutschen und ihr Mittelalter. Themen und Funktionen moderner Geschichtsbilder vom Mittelalter, Darmstadt 1992, S. 147–164, 210–217. In den Bahnen der älteren Forschung blieben z. B. Hermann Aubin/

gelöst und sprach nicht mehr von der Kolonisation eines kulturellen Vakuums und fehlender staatsbildender Kraft des Westslawentums, wenn sie auch den prägenden Anteil der Deutschen an der kulturellen Hochblüte im westslawischen Siedlungsgebiet unterstrich⁹⁰. Dagegen wurden von polnischer Seite die deutschen Ostgebiete als alt-polnisches Land in Anspruch genommen, um die Vertreibung der Deutschen und die Annexion der Gebiete zu legitimieren. Darin lag, ebenso wie in der deutschen Gewalt-herrschaft zwischen 1939 und 1945, die das beiderseitige Verhältnis am schwersten belastende Hypothek. Gegen die Ansprüche der Vertriebenen auf Rückkehr in ihre Heimat verbreiteten polnische Belletristik sowie kommunistische und militante katholische Publizistik weiterhin die negativen Klischees und Mythen zur polnisch-deutschen Geschichte, was die alte polnische „Preußenkrankheit“⁹¹ verstärkte. Ganz auf dieser Linie wurde der Sieg der polnisch-litauischen Übermacht über das Ordensheer bei Tannenberg im Jahr 1410 von Gomulka anlässlich der 550-Jahr-Gedenkfeier 1960 auf dem „Feld von Grunwald“ als Sieg über die deutschen Unterdrücker und Ausbeuter und als Höhepunkt der Nationalgeschichte zelebriert und politisch instrumentalisiert. Der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschland wurde so in die Kontinuität der Niederlage des Deutschen Ordens von 1410 gerückt⁹².

Das schwierige, historisch derart belastete und psychologisch kaum zu entkrampfende deutsch-polnische Verhältnis erklärt, warum ganz Polen in Adenauers Ordensaufnahme und den durch die Presse gehenden Bildern vom Bundeskanzler im Mantel des Deutschen Ordens nichts anderes als ein Zeichen revanchistischer deutscher Gesinnung sah und angesichts der tief verankerten Geschichtsbilder darin wohl auch nichts anderes sehen konnte⁹³. Die Zeremonie wurde mit der Bonner Rechtsauffassung in Verbindung gebracht, die Zugehörigkeit der Gebiete östlich von Oder und Neiße bis zum Abschluß eines Friedensvertrages für ganz Deutschland offenhalten zu wollen⁹⁴ – das hieß aus polnischer Sicht: mit einer Revision der 1945 gezogenen

Walther Hubatsch, *Eckpfeiler Europas. Probleme des Preußenlandes in geschichtlicher Sicht*, Heidelberg 1953. Zur Diskussion der fünfziger Jahre vgl. die historiographischen Erörterungen bei Boockmann, *Deutsche Geschichte im Osten Europas*, S. 54–74. Wiederum – aus der Sicht der siebziger Jahre – ideologisch fixiert Wolfgang Wippermann, *Der deutsche Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des Deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik*, Berlin 1979.

⁹⁰ Vgl. den damals weit wirkenden, zur Neubestimmung aufrufenden Vortrag Walter Schlesingers, *Die geschichtliche Stellung der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung*, in: *Historische Zeitschrift* 183 (1957), S. 517–542, bes. S. 526f., 532f.

⁹¹ Das Wort stammt von Wladyslaw Studnicki (1907). Vgl. Georg W. Strobel, *Die polnische „Preußenkrankheit“ und ihre politische Instrumentalisierung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu Das Parlament*, B 53/97, 26. 12. 1997, S. 21–33.

⁹² Vgl. *800 Jahre Deutscher Orden*, Ausstellungskatalog, Beschreibung der Plakate von 1960, S. 501–503.

⁹³ Vgl. Hansjakob Stehle (1957–1962 erster Korrespondent der FAZ in Warschau), *Adenauer, Polen und die Deutsche Frage*, in: Josef Foschepoth (Hrsg.), *Adenauer und die Deutsche Frage*, Göttingen 1988, S. 80–98, hier S. 88f.

⁹⁴ Vgl. Axel Frohn, *Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren*, in: *VfZ* 44 (1996), S. 485–525.

Grenzen rechnen zu müssen, von denen man wußte, daß sie der Willkür Stalins zuzuschreiben und nicht die „historischen“ Grenzen Polens waren.

Die Frage der deutsch-polnischen Beziehungen war Anfang 1958 akut geworden. Die Bundestagsfraktionen von SPD und FDP hatten am 23. Januar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen gefordert. Das hätte die Preisgabe der Hallstein-Doktrin bedeutet. Die Vertriebenenverbände, mit Seehoß und Oberländer im Kabinett vertreten, hatten die Forderung in einer Denkschrift im Januar aus grundsätzlichen Erwägungen unter Hinweis auf die von Polen „verwalteten Gebiete“ ostwärts von Oder und Neiße abgelehnt⁹⁵. Doch auch aus der konservativen Presse kam die Mahnung, die Klischeevorstellungen über Polen fallenzulassen und aufzuhorchen, „wenn uns aus Polen Gesten des Entgegenkommens nahegelegt werden“: „Wir haben immer zu wenig von Polen gewußt, uns zu wenig für Polen interessiert, waren gebannt von den Gegensätzen, in die uns die geschichtliche Verstrickung bei der Auseinandersetzung um die Grenzen gebracht hat, wir haben die Nichtexistenz des Staates, die über ein Jahrhundert lang Tatsache war, als den Normalzustand angesehen, anstatt sie als eine Anomalie zu empfinden.“⁹⁶ Noch komplizierter wurde das Verhältnis zu Polen, als Carlo Schmid, damals Bundestagsvizepräsident und Vorstandsmitglied der SPD, eine Einladung der Universität Warschau annahm, dort am 16. März die Aufnahme diplomatischer Beziehungen forderte, das offenere System in Polen vom SED-Regime abhob, den Rapacki-Plan unterstützte, sich aber gegen falsche Einschätzungen von Adenauer und Strauß in Polen wandte und diese vor dem Vorwurf des Militarismus in Schutz nahm⁹⁷. Indirekt übte Schmid Kritik an Adenauers Ordensinvestitur⁹⁸. Er wurde, wie er seinem Tagebuch anvertraute, von „fast jedem“ seiner Gesprächspartner auf Adenauers Ordensinvestitur angesprochen, die nach Schmid „schlimmere Folgen für die Einstellung der Polen zur Bundesrepublik“ haben werde, „als manche bewußt unfreundliche Handlung sie haben könnte“⁹⁹. Vor diesem vielschichtigen Hintergrund beschäftigte der polnische Protest gegen Adenauers Investitur die deutsche Presse, die damit vom eigentlichen Anlaß

⁹⁵ Vgl. Hans-Adolf Jacobsen/Mieczyslaw Tomala (Hrsg.), Bonn – Warschau. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1945–1991. Analyse und Dokumentation, Köln 1992. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen im Jahr 1958 vgl. auch Kosthorst, Brentano, S. 203–209.

⁹⁶ Nikolaus Benckiser im Leitartikel der FAZ, 7. 3. 1958: Ein Wort zu Polen.

⁹⁷ Vgl. FAZ, 17. 3. 1958 [Hansjakob Stehle]: Schmid korrigiert polnische Ansichten. Vgl. auch FAZ, 12. 3. 1958: Ein Wort Carlo Schmid an die Polen.

⁹⁸ Vgl. Schmid Interview in: Die Welt, 15. 3. 1958: Polen wartet auf Beweise – Welt-Gespräch mit Carlo Schmid über deutsch-polnische Fragen. Schmid sagte: „So erwecken manche Erzeugnisse ‚revisionistischer‘ Propaganda, die in Deutschland selbst so gut wie unbekannt sind, hier Befürchtungen, die zu zerstreuen nicht ganz leichtfallen dürfte.“ Vgl. auch Die Zeit, 20. 3. 1958: Carlo Schmid: Was ich in Warschau sah . . . Eindrücke von meiner Polenreise.

⁹⁹ Carlo Schmid, Besuch der Universitäten in Warschau und Krakau. Tagebuch einer Polenreise im Jahre 1958, in: Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung, S. 191–203, hier S. 199, 201; Carlo Schmid, Wie ich Polen sehe – Eindrücke von einer Reise, in: Die Welt, 19. 3. 1958. Vgl. auch Stehle, Adenauer, Polen und die deutsche Frage, hier S. 88; Siebenmorgen, Gezeitenwechsel, S. 238f.; Petra Weber, Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie, München 1996, S. 601 f.

abgelenkt war. Auch den Historikern blieb später der Hintergrund verborgen; Adenauer, so wurde noch jüngst vermutet, habe durch die Aufnahme in den Orden seine tiefe Verstimmung über den vom polnischen Außenminister Rapacki präsentierten Disengagementplan zum Ausdruck bringen wollen¹⁰⁰.

Am Morgen des 10. März fand im Rahmen eines Pontifikalamts, das Marian Tumler, der Hochmeister des Deutschen Ordens, in der Sankt-Andreas-Kirche des Kölner Dominikanerkonvents über dem Grab des heiligen Albertus Magnus zelebrierte, Adenauers Aufnahme in den Orden statt. Die kleine Kirche war kaum halb gefüllt; die deutsche Seite hatte der Zeremonie vermutlich nicht zu viel Bedeutung beilegen wollen. Anwesend waren die Minister Stücklen (CSU), Merkatz (DP) und – gewiß nicht zufällig – Oberländer (CDU). Die Ernennungsurkunde begründete, wortgleich mit Raabs Urkunde, Adenauers Aufnahme mit dessen „Verdiensten für das christliche Abendland“ – eine denkbar plakative Formulierung. Der Münchner Kardinal Wendel, der als „Protektor“ des Ordens die Investitur zusammen mit dem Hochmeister vornahm, gab in seiner Predigt einen Abriss der Ordensgeschichte, unterstrich „die zivilisatorischen Verdienste des Ordens in den Ostgebieten“¹⁰¹, hielt aber die Mahnung für geboten, der Feierstunde keine falsche politische Bedeutung zu geben¹⁰². Vielleicht war Wendel aus dem Bundeskanzleramt ein entsprechender Hinweis zugegangen. So verband sich die Idee des christlichen Abendlandes, die in der Bundesrepublik und in Österreich nach 1945 eine Leitidee des politischen Katholizismus in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus war, am Ende der fünfziger Jahre noch einmal mit einem politischen Ereignis. Während Raab, wie Adenauer im Katholizismus verwurzelt, von der symbolischen Bedeutung der Zeremonie tief ergriffen schien, amüsierte sich Adenauer insgeheim über die Maskerade. Wie er Theodor Heuss am Abend des folgenden Tages erzählte, kam er sich, als er im weißen Ordensmantel mit dem schwarzen Kreuz über die Komödienstraße (!) ging, an der die Andreas-Kirche liegt, wie im Karneval vor. Köln hielt er „für derlei nicht recht geeignet“. Und auch Heuss goß über die Fotos in der Presse seinen Spott aus¹⁰³.

Im Anschluß an ein offizielles Frühstück im Kölner Wallraf-Richartz-Museum trafen die beiden Bundeskanzler zu einem Vier-Augen-Gespräch zusammen, das mittags

¹⁰⁰ Vgl. Schwarz, Adenauer, S. 419f.; Dieter Bingen, Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998, S. 62; Stehle, Adenauer, Polen und die Deutsche Frage, hier S. 88f., 91. Anders Weber, Carlo Schmid, S. 600f., die von Adenauers „grob[e]r Taktlosigkeit gegenüber den Polen“ spricht, der „sich den Medien im weißen Mantel mit schwarzem Kreuz“ „präsentierte“, „als wolle er zu einer neuen Ostkolonisation aufbrechen“.

¹⁰¹ FAZ, 11. 3. 1958: Adenauer zum Ehrenritter ernannt.

¹⁰² Die Welt, 11. 3. 1958: Kreuz und Mantel für Adenauer.

¹⁰³ Heuss amüsierte sich über den „rundlichen Raab“ neben dem hageren Adenauer und verfaßte ein launiges Gedicht, das er Adenauer noch am gleichen Abend vorlas und das diesem einen „Heidenspaß“ machte, „obwohl die Sache christlich war“. Brief von Heuss an Toni Stolper, 11. 3. 1958, in: Heuss, Tagebuchbriefe, S. 316f. Fotos der beiden Kanzler in: Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 13, Wiesbaden ¹⁷1971, S. 780.

in Rhöndorf fortgesetzt wurde¹⁰⁴. Aufzeichnungen sind keine erhalten. Über den Inhalt lassen sich nur indirekt, sowohl durch Raabs Äußerungen gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Wien, Matthews, der darüber Mueller-Graaf berichtete¹⁰⁵, als auch durch Grubers vorab erfolgte Ausführungen gegenüber Mueller-Graaf Schlüsse ziehen. Wie Raab, der kein Meister der Konversation war, der üblicherweise Wortfetzen aneinanderreihete und mit seinem muschelnden Sankt Pöltener Dialekt überhaupt schwer zu verstehen war, auf Adenauer gewirkt hat, läßt sich nicht sagen. Er begründete seine Initiative gegenüber Adenauer damit, daß die deutsche Frage Österreich unmittelbar berühre. Das lag auf der Linie seiner Äußerung gegenüber Franz Josef Strauß im Jahr 1954¹⁰⁶. Um die Frage der Wiedervereinigung erneut in Gang zu bringen, schlug er offenbar vor, eine Kommission der Vier Mächte zu bilden, die ihrerseits mit Experten – nicht Regierungsvertretern – aus Bonn und Ost-Berlin über technische Verfahrensfragen zur Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments beraten sollte¹⁰⁷. Die Viermächte-Kommission sollte „die Brücke zwischen der sowjetischen Forderung nach Verhandlungen der ‚beiden deutschen Staaten‘ und der deutschen bzw. westlichen Ablehnung solcher Verhandlungen“ bilden¹⁰⁸. Die Kommission sollte ein Wahlgesetz ausarbeiten, das zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung führen sollte, „die dann zunächst – unbeschadet des weiteren Funktionierens der beiden Staaten – eine gemeinsame Verfassung auszuarbeiten hätte“. Damit wäre der für Bonn auf Regierungsebene unannehmbare direkte Kontakt mit der DDR-Regierung umgangen worden. Adenauer erhob offenbar keine Einwände und scheint sich rezeptiv verhalten zu haben. Mueller-Graaf deutete Adenauers Reaktion so, daß eine Wiedervereinigung durch freie Wahlen der Bonner Auffassung nicht widersprach¹⁰⁹.

Möglicherweise hat Raab, wenn er es Adenauer nicht schon bei ihren früheren Begegnungen mitgeteilt hatte, auf die Rolle Botschafter Norbert Bischoffs bei den Staatsvertragsverhandlungen hingewiesen. Bischoff hatte die Staatsvertragsfrage mit der Kremispitze immer wieder erörtert. Noch wichtiger: Raab pflegte mit dem Botschafter einen persönlichen Gedankenaustausch und korrespondierte mit ihm privat, sah er doch in Bischoff seinen „einzigen Freund“ im Außenamt, der ihn zu einer Politik gedrängt habe, „daß Österreich aus der amerikanischen Umklammerung herauskomme“¹¹⁰,

¹⁰⁴ Vgl. Besuchsprogramm in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien. Vgl. auch Die Presse (Wien), 11. 3. 1958; Die Begegnung Raab-Adenauer in Köln. – Zu den österreichischen Teilnehmern Aufzeichnung Welzecks als Anlage zum Bericht der Botschaft vom 25. 2. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

¹⁰⁵ Vgl. persönliches Schreiben Mueller-Graafs an Brentano, 7. 5. 1958/VS, in: Ebenda.

¹⁰⁶ Wie Anm. 40.

¹⁰⁷ Vgl. persönliches Schreiben Mueller-Graafs an Brentano über seine Unterredung mit Matthews, 7. 5. 1958/VS, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

¹⁰⁸ Bericht Mueller-Graafs an AA, 21. 5. 1958/geh., in: Ebenda.

¹⁰⁹ Ebenda. Ob Raab auch die verfassunggebende Versammlung bei Adenauer zur Sprache gebracht hat, ist fraglich.

¹¹⁰ Gesprächsprotokoll der 3. Arbeitssitzung Ludwig Jedlickas mit Raab vom 16. 2. 1962 (wie Anm. 32). Zur Rolle Bischoffs bei den Staatsvertragsverhandlungen vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit.

während die österreichischen Diplomaten und die SPÖ, die Raab aus wahltaktischen Gründen eine „russophile“ Politik vorwarf, auf möglichst gute Beziehungen zu den USA eingeschworen waren. Um mit den Sowjets besser ins Gespräch zu kommen, hatte Raab Ende 1953 Karl Gruber, der eine strikt proamerikanische Politik vertreten hatte, als Außenminister entlassen und Leopold Figl, seinen Freund und Vorgänger als Bundeskanzler (1945–1953), in das Amt berufen¹¹¹. Daß Raab gegenüber Moskau Verhandlungsfreiraum gesucht hatte, erklärt die Vorbehalte, die Dulles ihm gegenüber empfand. Bischoff, der sich dem intellektuellen Mittelmaß im Außenamt überlegen fühlte, galt wegen seiner Berichterstattung, die die sowjetischen Sicherheitsinteressen betonte, die Aufrüstung der Bundesrepublik und das amerikanische Engagement in Westdeutschland ablehnte und die Erfolge der Wirtschaftspolitik Chruschtschows herausstrich, als ideologisch infiziert. Adenauer dürften, falls Raab seine Art von Diplomatie dargelegt haben sollte, die unterschiedlichen Voraussetzungen der „Ostpolitik“ in Wien und Moskau erneut bewußt geworden sein. Es ist jedoch auffällig, daß er kurz darauf, im Mai 1958, Hans Kroll als Botschafter nach Moskau entsandte, von dem er sich einen besseren Gesprächskontakt mit dem Kreml erhoffte¹¹², wie ihn Raab via Bischoff seit langem hatte.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Bonn informierte Raab den sowjetischen Botschafter in Wien, Lapin¹¹³, und den amerikanischen Botschafter H. Freeman Matthews, der darüber die Botschafter der Westmächte ins Bild setzte¹¹⁴. Raab schlug beiden Regierungen vor, auf der von Chruschtschow Anfang 1958 angeregten Gipfelkonferenz eine Kommission zur Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen zu bilden¹¹⁵. Matthews' Bonner Kollege Bruce erhielt Weisung, über Raabs Vorstoß Erkundigungen bei Brentano einzuziehen¹¹⁶. Dieser war offenbar wenig informiert und bestätigte nur, daß Adenauer gegen Raabs Gedanken keine Einwände erhoben habe. Matthews, seit 1957 in Wien auf Posten, hatte die Wiener Mischung von politischer Naivität und Intriganz zu durchschauen gelernt¹¹⁷ und bezeichnete Raabs Initiative gegenüber Mueller-Graaf als „naiv“¹¹⁸. Dieses Urteil dürfte auch die Einschät-

¹¹¹ Vgl. Rauchensteiner, *Die Zwei*, S. 225 f.

¹¹² Vgl. Schwarz, *Adenauer*, S. 699 f.

¹¹³ Vgl. Weisung Haymerles, Außenamt Wien, an Botschafter Norbert Bischoff in Moskau, 7. 5. 1958/Vertr., in: Nachlaß Bischoff (Privatbesitz), Box 4, Mappe Deutschland. Vgl. auch Bericht Mueller-Graafs an AA, 21. 5. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

¹¹⁴ Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 7. 5. 1958, in: Ebenda.

¹¹⁵ Das ergibt sich aus Raabs Interview mit dem Industriekurier (Düsseldorf), 26. 4. 1958. Vgl. auch Anm. 141.

¹¹⁶ Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 7. 5. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

¹¹⁷ Vgl. Brief von Matthews an den Assistant Secretary des State Department für Europa, Wien, 17. 9. 1958, in: FRUS, 1958–1960, Bd. IX, hier S. 782.

¹¹⁸ Persönliches Schreiben Mueller-Graafs an Brentano, 7. 5. 1958/VS, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien. Zu Raabs Reisen 1958 und seiner Deutschlandinitiative vgl. das Positionspapier der US-Botschaft Wien für State Department, Wien, 12. 9. 1958: „The Raab suggestion was not given serious consideration by any of the parties involved“, in: FRUS,

zung der Aktion im State Department bestimmt haben. Mueller-Graaf blieb während der wochenlangen Aktivitäten Raabs ohne Instruktion und wußte nicht, wie er sich gegenüber Raab und dem Ballhausplatz dazu äußern sollte.

Raab sondierte die Resonanz seiner Deutschlandinitiative auch anlässlich seines Besuchs in der ersten Aprilwoche in Rom, wo er mit dem Kardinalstaatssekretär und Papst Pius XII. die ungelöste Konkordatsfrage erörterte. Bei den Gesprächen mit der italienischen Regierung machte diese geltend, daß sie selbst an der von Raab vorgeschlagenen Kommission zur Regelung der deutschen Frage beteiligt werden müßte, „weil es sich ja weder um eine deutsche noch um eine österreichische, sondern ihrer Auffassung nach vor allem um eine europäische Angelegenheit handele, an der auch sie brennend interessiert“ sei¹¹⁹. Raab dürfte die Selbsteinschätzung Roms nicht sehr gewundert, aber sicher veranlaßt haben, die Italiener mit der Sache nicht weiter zu befassen¹²⁰.

IV.

Der seit Dehlers und Heinemanns Attacken nicht verstummte Vorwurf, Adenauer habe die deutsche Wiedervereinigung nicht wirklich gewollt, traf diesen in einem zentralen Punkt seines politischen Selbstverständnisses. Er stand vor dem Problem, daß sich die von ihm selbst genährte Hoffnung auf eine Lösung der deutschen Frage in naher Zukunft nach Abschluß der Blockbildung im Jahr 1955 als aussichtslos erwiesen hatte. Die „Politik der Stärke“ brachte – jedenfalls vorerst – nicht die verheißenen Früchte. Am 11. Juli 1958 gestand er vor dem CDU-Bundesvorstand ein: „Wir müssen wohl doch feststellen, daß wir uns alle miteinander in der Schätzung des Zeitpunktes, an dem eine Wiedervereinigung erfolgen kann, getäuscht haben.“¹²¹

1958–1960, Bd. IX, hier Annex A, S. 779. Raabs Plan wurde Jahre später im Auswärtigen Amt als „etwas naiv“ bezeichnet, da ihm die Einbindung in einen Gesamtplan gefehlt habe. Vgl. Aufzeichnung Ref. 700 zum Staatsbesuch Bundespräsident Lübkes in Österreich, 14. 2. 1962, in: PA/AA, Ref. 203, Bd. 189.

¹¹⁹ So der italienische Botschafter in Wien, Corrias, gegenüber Mueller-Graaf. Vgl. dessen Bericht an AA, 21. 5. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

¹²⁰ Die österreichisch-italienischen Beziehungen waren wegen der Südtirolfrage gespannt. Rom zögerte die Umsetzung des Gruber-de-Gasperi-Abkommens von 1946 heraus, das den Deutschen in Südtirol nationale Autonomie sichern sollte. Vgl. Felix Ermacora, Südtirol und das Vaterland Österreich, Wien/München 1984.

¹²¹ So am 11. 7. 1958 vor dem CDU-Bundesvorstand, in: Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, S. 182. Zum Konflikt zwischen Westbindung und Wiedervereinigung vgl. Rudolf Morsey, Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995, S. 1822–1867. Vgl. auch die Position von Christoph Kleßmann/Bernd Stöver, Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion in dieser Zeit, in: Ebenda, S. 1612–1635.

Beim Antrittsbesuch des österreichischen Botschafters Josef Schöner am 5. Mai 1958 äußerte Adenauer angesichts des verschärften Kurses des Ulbricht-Grotewohl-Regimes, „man müsse den Leuten drüben etwas mehr geben, als bloß die vage Hoffnung auf eine Wiedervereinigung, über deren Art und Zeitpunkt kein nüchtern und vernünftig denkender Mensch etwas voraussagen könne. Wichtiger als alle theoretischen Erörterungen über die Wiedervereinigung“ seien Versuche, „den auf der Bevölkerung der Sowjetzone lastenden Druck irgendwie zu erleichtern“. Energisch wies er den von seinen politischen Gegnern erhobenen Vorwurf zurück, er setze sich nicht genügend für die Wiedervereinigung ein, weil er bei Wahlen in ganz Deutschland eine sozialdemokratische Mehrheit fürchten müsse – ein Argument, das später immer wieder aufgegriffen wurde¹²². „Bei freien Wahlen in der Sowjetzone würde“ – so Adenauer gegenüber Schöner – „die CDU ohne Zweifel die Mehrheit erringen, denn die Bevölkerung habe genug vom Mißbrauch der sozialdemokratischen Symbole durch die SED.“ Schließlich sei die SED auf den früheren Organisationen und Parteigruppen der SPD aufgebaut worden. Die Bevölkerung würde „vorerst jene Parteien wählen, die sich dort niemals mit dem Kommunismus eingelassen, sondern ihn konsequent bekämpft haben“. Von Schöner auf Raabs Deutschlandplan angesprochen, antwortete er nur kurz: „Ja, Herr Raab hat seine eigenen Gedanken über die Wiedervereinigung.“¹²³

Am selben Tag berichtete Brentano von der NATO-Frühjahrstagung über die scharfe Kritik des US-Außenministers Dulles an Adenauers stiller Kursänderung in der Sicherheitspolitik, die auch in London und Paris Besorgnis erregt hatte¹²⁴. Mitte April habe sich Adenauer intern in einem „Plan zur nuklearen Abrüstung ganz Europas bis zum Ural“ – gegen den Rat Brentanos – für regionale Rüstungsbegrenzung auf atomarem Gebiet ausgesprochen und in der Wiedervereinigungsfrage „den Vorzug des Menschlichen vor dem Nationalen“ betont. Das lag auf der Linie seines Vorstoßes bei Smirnow und seiner Äußerungen gegenüber Schöner. Adenauer trieb wieder die Sorge um, die Westmächte würden sich über seinen Kopf hinweg mit der Sowjetunion auf die Hinnahme des Status quo einigen, um zu einem Ergebnis in der Abrüstungsfrage zu kommen. Daher drängte er die Westmächte dazu, das Junktim von europäischer Sicherheit, Abrüstung und deutscher Frage aufzugeben und die deutsche Frage zu keinem eigenen Punkt der Tagesordnung auf der geplanten Viermächtekonferenz zu machen. Darüber geriet er in scharfen Gegensatz zu Brentano. Dieser war sich mit Dulles einig, das Junktim beizubehalten. Dulles wies Brentano während der NATO-Konferenz auf das Beispiel Österreichs hin. Die beste Wiedervereinigungspolitik liege darin, „bei jeder nur denkbaren Gelegenheit über dieses Thema“ zu sprechen¹²⁵. Das war

¹²² Vgl. etwa Golo Mann, *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, erw. Ausg. Frankfurt a. M. 1966, S. 994.

¹²³ Bericht Schöners an Außenamt über seinen Antrittsbesuch bei Adenauer am 5. Mai, 7. 5. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958.

¹²⁴ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 229f. Hieraus die folgenden Zitate.

¹²⁵ Ebenda, S. 230.

nicht mehr als ein Trostpflaster. Dulles kannte nur allzu gut den Unterschied zwischen deutscher und österreichischer Frage. Wie im Mai 1955, als Dulles unmittelbar nach Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags einen neutralen Staatengürtel quer durch Europa von Schweden bis Jugoslawien unter Einfluß Österreichs und der Bundesrepublik in die öffentliche Diskussion gebracht hatte, tat sich wieder eine tiefgreifende Meinungsverschiedenheit zwischen Adenauer und Dulles auf¹²⁶.

In diesen Wochen geheimdiplomatischer Aktivitäten sorgte Paul Wilhelm Wenger, Bonner Redakteur des Rheinischen Merkur, für Schlagzeilen. Wenger, der das Vertrauen Adenauers genoß, war ein Austrophiler, dem Kreis um Otto von Habsburg in München zugehörig und ein „geschworener Feind der SPD, der Gewerkschaften und jeder politischen Auffassung, die man als linksstehend bezeichnen könnte“¹²⁷. Er sah in der angestrebten Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 die große Gefahr wiedererstehen, die einst das Bismarck-Reich für Europa bedeutet habe, und war insofern ein Gegner von Adenauers deutschlandpolitischen Zielen¹²⁸. Wenger wandte sich gegen ein Denken, das auf den nach 1866 geschaffenen kleindeutschen Nationalstaat fixiert sei. Statt dessen plädierte er dafür, „die derzeitigen drei Teile Deutschlands – die Bundesrepublik, Österreich und die sowjetisch besetzte Zone – in einer organischen Föderation in Europa wieder zusammenzufügen“¹²⁹. Er setzte auf eine Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer großen mitteleuropäischen Föderation¹³⁰. Am 20. April 1958 trug er seine Kernthesen vor dem Bezirksparteitag der nordbadischen CDU in Tauberbischofsheim vor¹³¹. Als Ideal schwebte ihm ein Europa der drei Föderationen vor: der westeuropäischen Montan-Union, einer preußisch-polnischen Montan-Union und einer donauländischen Wirtschaftsgemeinschaft. Mit dem letzten Punkt kam er den Vorstellungen von Otto von Habsburg, eines Teils der ÖVP und auch Raabs entgegen. Die Ablehnung einer „strategischen Unitarisierung des deutschen Raumes“ als „Verewigung“ der „falschen, kleindeutschen Konzeption Bismarcks“ entsprach einem Verzicht auf die Wiedervereinigung, die nach Wengers Überzeugung mit den Sowjets nicht zu erreichen war. Deutschland solle seinen Anspruch auf die Nordhälfte Ostpreußens an Polen abtreten und Polen dafür das deutsche Schlesien bis zur hinteren Neiße an Deutschland zurückgeben. Das bei Polen bleibende oberschlesische Kohlrevier solle in eine Ost-Montan-Union eingegliedert werden.

¹²⁶ Vgl. ebenda, S. 235 f.; Pape, Die deutsch-österreichischen Beziehungen, hier S. 168 f. Ders., Österreich und Deutschland, Kap. 6, Abschnitt: Der Staatsvertrag als Belastung im deutsch-amerikanischen Verhältnis.

¹²⁷ SPD-Pressedienst, 16.6.1955.

¹²⁸ Wenger meinte in der Rückschau, aus Adenauers Wunsch einer Österreich-Lösung für die DDR schließen zu können, Adenauer habe das Bismarck-Reich als Bezugsgröße des deutschen Nationalstaates preisgegeben. Vgl. Wengers Diskussionsbeitrag, in: Schwarz (Hrsg.), Entspannung und Wiedervereinigung, S. 93 f.

¹²⁹ Leserbrief in: FAZ, 11.1.1954.

¹³⁰ Vgl. Paul Wilhelm Wenger, Föderalismus – deutsches und europäisches Schicksal, in: Neues Abendland 11 (1956), S. 245–253.

¹³¹ Vgl. Auszüge in: Rheinischer Merkur, Nr. 18, 2.5.1958, S. 4, vollständig in: Paul Wilhelm Wenger, Wer gewinnt Deutschland? Stuttgart 1959, S. 325–364.

Wenger löste mit seinem Referat eine Sturmflut von Protesten aus¹³². Die Vertriebenenverbände und die unter Dehler national ausgerichtete FDP warfen ihm Hoch- und Landesverrat vor. Die SPD nahm Wengers Rede als Beweis dafür, daß die Bundesregierung die Wiedervereinigung gar nicht wolle. Auf protestantischer Seite trat Wenger die Wochenzeitung *Christ und Welt* am schärfsten entgegen und sprach von einer ultramontanen-separatistischen Verschwörung; die Wiedervereinigung in Freiheit bedeute „sehr wohl und sehr bewußt die Wiederherstellung des Reiches“¹³³. Hier zeigte sich erneut, daß das Bismarck-Reich für Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberale der kardinale Bezugspunkt des nationalen Selbstverständnisses geblieben war und daß sie zwischen der rechtsstaatlichen und föderalen Tradition der Reichsidee und ihrer Pervertierung nach 1933 unterschieden¹³⁴ und allen kurzschlüssigen Verbindungslinien zwischen dem Bismarck-Reich und dem Dritten Reich entgegentraten¹³⁵. Adenauer konnte sich nach den Attacken auf Wenger ausrechnen, was ihm gedroht hätte, wäre er mit seinen Vorstellungen einer Österreich-Lösung für die DDR an die Öffentlichkeit getreten. Er distanzierte sich von Wengers Plan in aller Form.

Mikojan ging bei seinem Besuch in Bonn auf Adenauers Deutschland-Initiative mit keinem Wort ein¹³⁶. Er erneuerte vielmehr in aller Schroffheit die alte Forderung, Bonn und Ost-Berlin müßten direkte Verhandlungen miteinander führen¹³⁷. Genau dies hatte auch Raab vorgeschlagen, allerdings nicht auf Regierungsebene. Adenauer bat Mikojan, bei Ulbricht und der Regierung Grotewohl auf eine Milderung des starren Kurses hinzuwirken, um die Unterdrückung der Bevölkerungsmehrheit durch eine Minderheit zu mildern. Mikojan warb für eine „Konföderation beider deutscher Staaten“, die zunächst geschaffen werden müßte, und für den Abschluß eines Friedensvertrages für ganz Deutschland¹³⁸. Bonn hatte beides stets abgelehnt. Trotz der

¹³² Vgl. Leitartikel: Der „Fall Wenger“. Die Geschichte einer Campagne, in: *Rheinischer Merkur*, Nr. 18, 2. 5. 1958, S. 1f. Vgl. auch Keesings Archiv der Gegenwart 1958, S. 7040 B, 1046 D. Wengers Diskussionsbeitrag, in: Schwarz (Hrsg.), *Entspannung und Wiedervereinigung*, S. 93f.; Kittel, *Genesis einer Legende*, S. 385f., 388.

¹³³ *Christ und Welt*, 10. 5. 1958.

¹³⁴ Zu apodiktisch über das Verschwinden des Reichsbegriffs nach 1945 Rainer A. Müller, *Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation. Anspruch und Bedeutung des Reichstitels in der Frühen Neuzeit*, Regensburg 1990, S. 22; Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Stuttgart 1995, S. 850ff., 897. Vgl. auch Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999, S. 161–164.

¹³⁵ Vgl. Hermann Ehlers, *Der Reichsgedanke heute (Ansprache zum Reichsgründungstag am 18. 1. 1953, Feierstunde der Vereine Deutscher Studenten im Gymnasium Berlin-Steglitz)*, in: *FAZ*, 31. 1. 1953 (Beilage „Bilder und Zeiten“); vollständig in: Hermann Ehlers, *Präsident des Deutschen Bundestages. Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950–1954*, hrsg. von Karl-Dietrich Erdmann, Boppard 1991, S. 227–242.

¹³⁶ Vgl. Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, S. 380–395.

¹³⁷ Vgl. Bericht Schöners an Außenamt, 4. 5. 1958, in: *NL Schöner*, Kart. 15, Pol 1958.

¹³⁸ Wortlaut der unterzeichneten Abkommen, Protokolle und Tischreden bei Boris Meissner (Hrsg.), *Moskau Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955–1973. Dokumentation*, 2 Bde., Köln 1975, S. 379–415.

atmosphärischen Auflockerung, die Mikojans Besuch zwischen Bonn und Moskau bewirkte, zeigte sich doch, daß die Sowjetunion ihre Auffassung von zwei Staaten in Deutschland mit kompromißloser Härte verfocht¹³⁹. Mit dem Vorstoß bei Smirnow hatte sich Adenauer zwangsläufig eine Blöße gegeben. Das Zugeständnis, zu dem Adenauer mit der „Österreich-Lösung“ für die DDR bereit war, dürfte dem Kreml signalisiert haben, welche geringe Chancen selbst der Bundeskanzler der Wiedervereinigung noch einräumte. Die politischen Voraussetzungen des Berlin-Ultimatums im November könnten auch im Frühjahr 1958 geschaffen worden sein.

V.

Zu Raabs Regie gehörte, daß er unmittelbar vor Mikojans Besuch in Bonn bei einem Heurigen-Empfang für die ausländische Presse den Korrespondenten des Düsseldorfer Industriekurier über den politischen Hintergrund seiner Reise nach Köln informierte. Dieser berichtete darüber am 26. April¹⁴⁰: Raab habe den Regierungen der USA und der Sowjetunion vorgeschlagen, auf der kommenden Gipfelkonferenz eine alliierte Kommission ins Leben zu rufen, welche die Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen prüfen und ein entsprechendes Wahlgesetz ausarbeiten solle. Der Bericht machte Sensation. Die deutschen und österreichischen Zeitungen griffen die Meldung auf. Die Wiener Zeitungen berichteten am 1. Mai in großer Aufmachung über Raabs Deutschlandinitiative¹⁴¹. Raab ging so weit zu behaupten, seine Vorschläge würden in Moskau „ernsthaft geprüft“, während die Antwort Washingtons noch ausstehe. Zugleich bezeichnete er die Forderung Moskaus nach direkten Gesprächen zwischen Bonn und Ost-Berlin als abwegig und illusorisch. Ebenso wie es ein „Triest-Wunder“ und „Österreich-Wunder“ gegeben habe, werde sich auch ein „Deutschland-Wunder“ ereignen. Auf Nachfrage sagte er, an der Oder-Neiße-Linie sei nicht mehr zu rütteln. Sie sei der „bittere Preis“, den das deutsche Volk für die Hitler-Ära zu bezahlen habe. Da dies Adenauers seit dem Frühjahr 1955 gewachsener – freilich öffentlich nie vertretener und in keinem Vertrag zugestandener – Auffassung entsprach¹⁴², stellt sich die Frage, ob Raabs Äußerung ein Reflex seines Ge-

¹³⁹ Vgl. Bericht Bischoffs/Moskau an Außenamt Wien, 30. 4. 1958, in: NL Bischoff, Box 4, Mappe Deutschland.

¹⁴⁰ Vgl. Bericht des Industriekurier (Wiener Korrespondent war Ulrich B. Marker) in: DzD, III. Reihe, Bd. 4 (1958), S. 1057f. Telegramm mit dem Wortlaut des Interviews durch den Bonner Presseattaché Würthle an Außenamt Wien, 26. 4. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958. Zu Raabs Initiative vgl. ÖVP-Pressedienst, 5. 5. 1958 (gez. F. A.): Realismus des Rechts, in: Politische Akademie der ÖVP, Wien.

¹⁴¹ Vgl. Die Presse (Wien), 1. 5. 1958: Raab in deutscher Frage initiativ. Weitere Berichte erschienen u. a. in: Die Presse, 3. 5. 1958: Bonn begrüßt Raabs Deutschland-Initiative; Industriekurier, 8. 5. 1958: Raabs Deutschland-Initiative; Frankfurter Rundschau, 8. 5. 1958: Wien rollt deutsche Frage auf; Hessischer Rundfunk, 14. 5. 1958, Kommentar von Forst de Battaglia: Zum Raab-Besuch in Bonn.

¹⁴² Vgl. quellenkritisch Frohn, Adenauer und die deutschen Ostgebiete, hier S. 521–524, sowie die Hinweise bei Rudolf Morsey, Die Deutschlandpolitik Adenauers. Alte Thesen und neue Fakten,

sprächs mit Adenauer war. Raabs Initiative war sofort als „Raab-Plan“ in den Schlagzeilen. Umgehend folgten Proteste von seiten der SPÖ, aber auch aus London und Paris¹⁴³. Mit der Veröffentlichung seiner Initiative hatte Raab sie zugleich als Instrument seiner Außenpolitik entwertet; sie konnte jetzt nur noch als Mittel zur Verbesserung seiner innerparteilichen und innenpolitischen Stellung dienen, mußte sich aber im gleichen Augenblick gegen ihn wenden, in dem erkennbar wurde, daß keine der Mächte sie aufgriff. Vor diesem Hintergrund sind die weiteren Schritte Raabs und Figls zu sehen und zu beurteilen.

Bei einem inoffiziellen Besuch von Außenminister Leopold Figl in Bonn Anfang Mai 1958 äußerte Brentano, daß der Gedanke einer Viermächtekommission zur Beratung der deutschen Frage als problematisch eingeschätzt wurde¹⁴⁴. Bonn befürchtete die Rückkehr nach „Potsdam“. Raab schwebte jedoch nach Mueller-Graafs Berichten keine Rückkehr zum alliierten Kontrollrat vor. Eine Viermächtekommission sollte die Brücke zwischen der sowjetischen Forderung nach Verhandlungen der beiden deutschen Staaten und der Bonner Ablehnung solcher Verhandlungen bilden. Als Figl Bonn vom 15. bis 17. Juni einen offiziellen Besuch abstattete, bei dem die Ratifikationsurkunden zum deutsch-österreichischen Vermögensvertrag ausgetauscht wurden¹⁴⁵, führte er eine einstündige Besprechung mit Adenauer, über deren Inhalt nichts bekannt ist. Vermutlich hat Figl seine guten Dienste in Moskau angeboten, wohin er Raab mit einer Regierungsdelegation im Juli begleitete. Vor österreichischen Korrespondenten in Bonn bekundete Figl Optimismus in der Frage der deutschen Wiedervereinigung. Dabei wies er auf seine bevorstehende Reise nach Moskau hin und sagte: „In einem Monat wissen wir mehr!“ Figl erinnerte an die zahllosen Verhandlungen über den Staatsvertrag, die so oft aussichtslos erschienen seien. Den Russen imponiere „Stärke und Standhaftigkeit“, und sie seien selbst neugierig auf deutsche Vorschläge¹⁴⁶.

Inzwischen war Raab Ende Mai zu Besprechungen mit Dulles und Eisenhower nach Washington gereist. Der „good-will“-Besuch sollte den folgenden offiziellen Besuch in Moskau ausbalancieren¹⁴⁷. Im Mittelpunkt der Washingtoner Gespräche standen die Verpflichtungen Österreichs aus dem Staatsvertrag. Daß Österreich diese gegenüber Moskau in Form von Erdöllieferungen pünktlich erfüllte, gegenüber Washington aber auf Zeit spielte – bei den Entschädigungsleistungen an die anglo-amerikanischen Erdölgesellschaften, deren Eigentum auf Österreich übertragen wor-

Opladen 1991, S. 23 f., 26, 39; Kosthorst, Brentano, S. 169–177. Interview Adenauers, 17. 7. 1957, in: Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 201 f.

¹⁴³ Vgl. Gruber, Ein politisches Leben, S. 193–195.

¹⁴⁴ Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 21. 5. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien. Danach das Folgende.

¹⁴⁵ Vgl. Nachlaß Figl, in: Niederösterreichisches Landesarchiv Wien, Tagebuch, Kart. 95; Allgemeine Akten 1958, Kart. 44; Bericht Schöners, 19. 6. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958.

¹⁴⁶ Vgl. Bericht in: Die Welt, 17./18. 6. 1958; weitere Berichte in: General-Anzeiger (Bonn), 17. 6. 1958; Bonner Rundschau, 17. 6. 1958; Kölner Stadt-Anzeiger, 17. 6. 1958.

¹⁴⁷ So im Rückblick US-Botschaft Wien für State Department, Wien, 12. 9. 1958, in: FRUS, 1958–1960, Bd. IX, hier S. 779.

den war (Staatsvertrag Art. 27), und an den jüdischen Hilfsfonds (Art. 26) für die in die USA emigrierten österreichischen Juden –, hatte hier zu erheblicher Verstimmung geführt¹⁴⁸. Die deutsche Frage war in Washington kein Thema¹⁴⁹. Dennoch erweckte Raab den Eindruck, die Amerikareise gelte vor allem der Sondierung seines Deutschland-Planes. Das war nichts anderes als Zweckoptimismus. Schon bei der Ankunft auf dem Flughafen in Washington ging Raab auf seinen Vorschlag in der deutschen Frage ein und erklärte, „daß, falls eine Gipfelkonferenz ergebnislos bleibe oder überhaupt nicht zustande komme, die Großmächte die Behandlung dieses entscheidendsten Problems in Europa einer Viermächte-Konferenz anvertrauen sollten“¹⁵⁰. Bei der Pressekonferenz nach Rückkehr aus den USA in Wien unterstrich Raab erneut die Dringlichkeit einer Lösung der deutschen Frage: „Die Wiedervereinigung Deutschlands sei die wichtigste Voraussetzung für die Sicherung des Friedens.“ Die Großmächte könnten sich ihrer Verpflichtung, dieses wichtige Problem zu lösen, nicht entziehen. Nach Raab sollte die Wiedervereinigung Deutschlands zum Ausgangspunkt einer allgemeinen Abrüstung und zur Entspannung und Sicherung des Weltfriedens werden¹⁵¹. Raabs Initiative blieb in der Bundesrepublik nicht ohne Echo.

Am 2. Juli billigte der Bundestag eine gemeinsame Resolution aller Fraktionen, in der die Bildung eines Viermächtegremiums zur Ausarbeitung „gemeinsamer Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage“ gefordert wurde¹⁵². Dabei wirkte die Erinnerung an die Beratungen nach, die zur Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags geführt hatten¹⁵³. Während der Bundestag eine Verzahnung von deutscher Frage und europäischer Sicherheit anstrebte, bestand Adenauer auf Trennung der Abrüstungsverhandlungen von der deutschen Frage¹⁵⁴. Vorgesehen, wenn auch in der Bundestagsresolution nicht ausdrücklich erwähnt, war die Entsendung von Sachverständigen zwischen Bonn und Ost-Berlin. Aus Sicht des Ballhausplatzes war damit Raabs Initiative von Bonn aufgenommen worden¹⁵⁵. „Die österreichische Fur-

¹⁴⁸ Vgl. Aufzeichnung über die Besprechung Raabs mit Dulles zur vertraulichen Kenntnisnahme an Botschafter Rotter in Bonn, 6. 6. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958; Memorandum of Conversation, Washington, 19. 5. 1958, in: FRUS, 1958–1960, Bd. IX, S. 769f. Vgl. auch Oliver Rathkolb, *Washington ruft Wien. US-Großmachtspolitik und Österreich 1953–1963*, Wien/Köln/Weimar 1997, S. 163–175, 212–227.

¹⁴⁹ Vgl. Aufzeichnung für Rotter, 6. 6. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958. Dies bestätigte dem Verfasser auch Raabs Sekretär Dr. Erich Haider, der den Bundeskanzler nach Washington begleitet hat (1989).

¹⁵⁰ *Die Presse* (Wien), 1. 6. 1958.

¹⁵¹ *Industriekurier* (Düsseldorf), 6. 6. 1958: *Faustpfand des Westens/Österreichs Bundeskanzler erneuert seine Deutschlandvorschläge*.

¹⁵² *Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages*, 38. Sitzung, 2. 7. 1958; vgl. auch Kosthorst, Brentano, S. 239–246.

¹⁵³ Brentano wies bei den Beratungen auf Raabs Vorschläge hin. Vgl. Brief Brentanos an Figl, 8. 7. 1958, in: PA/AA, Ministerbüro, Bd. 17.

¹⁵⁴ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 245 f.

¹⁵⁵ So die Sprachregelung für die Presseattachés der Auslandsvertretungen vor der Moskau-Reise der Wiener Delegation, (Juli) 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958.

che“ in Wien vermerkte „als Sensation“, daß der Deutsche Bundestag in einer außenpolitischen Frage erstmals zu einer einheitlichen Linie gefunden habe¹⁵⁶. Gleichzeitig lehnte das Parlament der WEU am 5. Juli den Rapacki-Plan mit großer Mehrheit und in scharfer Form ab. Dieser „würde den Status quo in Europa zum Dauerzustand machen, d. h. die Teilung Deutschlands und die sowjetische Kontrolle der Länder Mittel- und Osteuropas“. Die Disengagementpläne seien nicht annehmbar, „wenn nicht eine Neutralisierung Westdeutschlands ausdrücklich ausgeschlossen würde“¹⁵⁷.

In Moskau verdichteten sich in diesen Wochen die diplomatischen Kontakte zwischen Wien und Bonn. Hans Kroll, der vielleicht von Adenauer einen Hinweis erhalten hatte, suchte, kaum daß er in Moskau angekommen war, seinen österreichischen Kollegen Norbert Bischoff auf. Er betrachtete diesen zunehmend als Vorbild für den Umgang mit den Sowjets. Bischoff, vom eigenen Amt mißtrauisch beobachtet, sah sich erstmals umworben¹⁵⁸. Kroll äußerte sich gegenüber Bischoff „mit grösster Offenheit und Bestimmtheit“ über die Notwendigkeit, nun doch endlich einmal zu einer „aktiven Ostpolitik zu gelangen, das aber heisse, man müsse zu reden anfangen genau so, wie Sie [Bischoff] es eines Tages taten und damit zum Erfolg kamen, nicht aber sich hinter dem anderen verschanzen und nichts tun“¹⁵⁹. Adenauer war nach Kroll „der Mann, der eine solche Politik mit Erfolg führen kann. Sein außerordentliches Ansehen und das große Vertrauen, das er in Amerika genießt, werde es ihm erlauben, eines Tages zu sagen: ‚Ich habe das und das für nötig gehalten, um mit den Russen in ein vernünftiges Verhältnis zu kommen, zu unserem eigenen Vorteil und zum Vorteil aller.‘ Und ihm werden die Amerikaner glauben.“ Kroll hinterließ bei Bischoff den Eindruck, daß mit seinem Eintreffen in Moskau „eine neue Etappe in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu beginnen [habe] und es seine Aufgabe sei, die Dinge ins Lot zu bringen“.

So wie Bischoff zur Lösung der Staatsvertragsfrage entscheidend beigetragen hatte, so hoffte wohl Kroll mit einer „aktiven Ostpolitik“, die er von Adenauer erwartete und die er in Moskau unterstützen wollte, in der deutschen Frage doch noch zum Erfolg zu kommen¹⁶⁰. Bischoff ermunterte ihn darin, ging freilich anders als Kroll¹⁶¹ von der Voraussetzung aus, daß die Teilung Deutschlands – die Gründung der Bundesrepublik und ihre Integration in die NATO – durch die Amerikaner verursacht

¹⁵⁶ Notiz: Bonns Zustimmung zum Raab-Plan, 11. 7. 1958. So auch die Sprachregelung des Außenamts für die österreichischen Presseattachés.

¹⁵⁷ Text der Entschließung und Auszüge der Debatte, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 12. 7. 1958, S. 1309–1311.

¹⁵⁸ Vgl. Hans Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln/Berlin 1967, S. 372f.; Matthias Pape, Hans Kroll (zum 100. Geburtstag), in: Ostdeutsche Gedenktage 1998, Bonn 1997, S. 141–145.

¹⁵⁹ Bischoffs Bericht an Außenamt, 25. 5. 1958/geh., in: NL Bischoff, Box 4, Mappe Deutschland. Hieraus die folgenden Zitate.

¹⁶⁰ Ebenda. Zur Entsendung Krolls vgl. Schwarz, Adenauer, S. 557, 699–703.

¹⁶¹ Vgl. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 361.

sei; bei einem Verbleib der Bundesrepublik im westlichen Bündnis hielt er ein Vorankommen mit den Sowjets in der Frage der Wiedervereinigung für nicht möglich¹⁶². Von Kroll nach dem „selbständigen Beitrag“ Österreichs zur Lösung des Staatsvertragsproblems gefragt, wies Bischoff auf die österreichischen Initiativen zwischen 1953 und 1955 und die „zweiseitigen Verhandlungen“ zwischen Moskau und Wien hin, die schließlich zur Unterzeichnung des Abkommens geführt hätten¹⁶³. Bischoff ignorierte, daß die wichtigste Voraussetzung des Verhandlungserfolgs in Moskau in der Haltung der USA gelegen hatte, die über Jahre jeder sowjetischen Pression gegenüber Wien entgegengewirkt und damit erst den von Raab genutzten Verhandlungsspielraum ermöglicht hatten. Bischoffs Sicht der Politik mußte Kroll in seinem Aktivismus bestätigen und zugleich irreführen, da Bischoff auch die sicherheitspolitische Voraussetzung, unter der sich die Sowjets zur Räumung Österreichs entschlossen hatten – die Ende 1954 gesicherte Gründung des Warschauer Pakts, dessen wichtigster Pfeiler die DDR war –, keiner Erwähnung wert fand¹⁶⁴. Bischoff sah in einem neutralen Deutschland, das weder Raab und Figl noch Pittermann und Kreisky wünschten, den Schlüssel zur Wiedervereinigung. Kroll hat diese Prämisse Bischoffs entweder nicht erkannt oder in seinen Berichten bewußt verschwiegen; auch in seinen Erinnerungen erwähnt er sie nicht.

Der ursprünglich vom 14. bis 21. Juli geplante Besuch einer österreichischen Regierungsdelegation in Moskau wurde auf Wunsch Chruschtschows um eine Woche verschoben, da dieser am V. SED-Parteitag in Ost-Berlin teilnahm¹⁶⁵. Chruschtschow erklärte in Berlin, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands sei eine innere Angelegenheit des deutschen Volkes und falle nicht in die Kompetenz internationaler Beratung¹⁶⁶. Damit widersprach er der Absicht der Westmächte, die deutsche Frage auf der geplanten Gipfelkonferenz zu beraten. Chruschtschow erteilte dem Plan, einen Ausschuß der Vier Mächte zur Beratung der deutschen Frage zu bilden, eine Absage. Der einzige Weg zur Beseitigung der Spaltung Deutschlands bestehe darin, daß beide deutsche Staaten zu einer Verständigung und Einigung kämen. Walter Ulbricht lehnte in seinem Parteitagsreferat den „ebenso unrealen wie antiquierten Vorschlag“ Raabs ab, der sich in Dulles' „Konzeption der Aufrechterhaltung des Kalten Krieges

¹⁶² Vgl. Pape, *Österreich und Deutschland*, Kap. 5, Abschnitt: Österreich und die DDR.

¹⁶³ Bericht Bischoffs an Außenamt, 28. 10. 1958/geh., in: NL Bischoff, Box 4, Mappe Deutschland. Auf dieser Linie auch Norbert Bischoff, *Die politische Vorbereitung des Staatsvertrages*, in: *Die österreichische Furche* (Wien), 4. 6. 1955, S. 1.

¹⁶⁴ Diese entscheidende Voraussetzung für den Rückzug der Sowjets aus Österreich, die auf der Berliner Konferenz 1954 noch nicht gegeben war, übersieht auch Gehler, *Österreichs außenpolitische Emanzipation*, S. 245–249, hier auch (unkritische) Berufung auf Bischoff als Kronzeuge für die Ziele sowjetischer Politik in Deutschland, S. 258–260. Vgl. Pape, *Österreich und Deutschland*, Kap. 6, Abschnitt: Österreich und Deutschland in den neuen sicherheitspolitischen Überlegungen der Großmächte Anfang 1955.

¹⁶⁵ Vgl. Bericht Mueller-Graafs an AA, 28. 6. 1958/VS-Vertr., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien.

¹⁶⁶ Vgl. Rede Chruschtschows vom 11. 7. 1958, in: *Neues Deutschland*, 12. 7. 1958; DzD, III. Reihe, Bd. 4 (1958), S. 1408–1416; 1416–1425.

und der Torpedierung der Gipfelkonferenz“ einfüge¹⁶⁷. Das Gegenteil war freilich der Fall! Raab, der sich nie mit Dulles verstanden hat, wollte dessen Politik der Stärke entgegenwirken, damit die Sowjets über die deutsche Frage in Verhandlungen eintraten.

Die Reise der österreichischen Regierungsdelegation (mit Raab, dem neuen SPÖ-Vorsitzenden Bruno Pittermann, Figl, Kreisky und einem Beamtenstab) nach Moskau und Leningrad vom 21. bis 28. Juli 1958 war – anders als Raabs Besuch in Washington – ein voller Erfolg. Chruschtschow, der neben Mikojan die Verhandlungen zum größten Teil selbst führte¹⁶⁸, demonstrierte – offenbar vor dem Hintergrund der Forderungen Washingtons an Wien – Großzügigkeit und machte bedeutende Zugeständnisse bei den im Staatsvertrag festgelegten Ablöselieferungen¹⁶⁹. Vor dem Hintergrund der Nahostkrise und der Hinrichtung von Imre Nagy und Pál Maléter in Budapest führten die Kremlherren Österreich als Musterfall eines neutralen Staates vor, der vom Prinzip der friedlichen Koexistenz profitierte und von Moskau nicht nur nichts zu befürchten hatte, sondern sogar noch Geschenke erhielt. Die Rolle, die der neutrale Kleinstaat im Konzept der friedlichen Koexistenz der Großmacht spielte, war der österreichischen Delegation durchaus bewußt¹⁷⁰.

Raab hatte nach Mueller-Graafs Beobachtung sein Ziel erreicht, „sich drei Jahre nach dem Staatsvertrag noch schärfer als bisher das Profil eines neutralen Staatsmannes zwischen Ost und West zu geben und in Moskau sein Kapital an gewissem Vertrauen und Wohlwollen zu erhöhen“¹⁷¹. Die deutsche Frage und der „Raab-Plan“ spielten bei den Moskauer Verhandlungen keine Rolle. Brentano hatte Figl zuvor über die Motive der Bundestagsresolution vom 2. Juli informiert, die „weitgehend mit den Gedanken Raabs“ übereinstimme. Vielleicht, so Brentano, finde sich in Moskau Gelegenheit, „auf die Anregung Bundeskanzler Raabs zurückzukommen“¹⁷².

¹⁶⁷ Telegramm Thalbergs, Österreichische Delegation Berlin, an Außenamt, 14. 7. 1958, in: NL Schöner, Kart. 15, Pol 1958.

¹⁶⁸ Vgl. Bericht des Wiener dpa-Korrespondenten, der sich auf österreichische Informanten berief. dpa-Information Nr. 991-1000 vom 29. 7. 1958, in: Ebenda.

¹⁶⁹ Vgl. Heinrich Haymerle, Die Beziehungen zur Großmacht im Osten, in: Erich Bielka/Peter Janakowitsch/Hans Thalberg (Hrsg.), Die Ära Kreisky. Schwerpunkte österreichischer Außenpolitik, Wien/München/Zürich 1983, S. 143–193, hier S. 164–166; Rauchensteiner, Die Zwei, S. 386 f. Vgl. auch die Memoranden des Außenamts für die verschiedensten Gesprächsthemen bei den Verhandlungen in Moskau im Nachlaß Figl, Niederösterreichisches Landesarchiv Wien, Allgemeine Akten 1958, Kart. 44.

¹⁷⁰ So Figl gegenüber Mueller-Graaf; vgl. dessen Telegramm an AA, 31. 7. 1958, in: PA/AA, Ministerbüro, Bd. 17.

¹⁷¹ Mueller-Graaf an AA, 4. 8. 1958/VS-Vertr., in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien. Diese Einschätzung teilten Matthews in Wien und das State Department, worauf die USA weitere Counterpart-Kredite und die Auslieferung von Rüstungsgütern und Waffen an Österreich zurückhielten, um Wien bei den hinausgezögerten Wiedergutmachungsleistungen für die jüdischen Emigranten aus Österreich unter Druck zu setzen. Vgl. dazu zahlreiche Dokumente in FRUS, 1958–1960, Bd. IX, S. 771 ff.; Rauchensteiner, Die Zwei, S. 378–380; Rathkolb, Washington ruft Wien, S. 165 f., 171, 173.

¹⁷² Brief Brentanos an Figl, 8. 7. 1958. Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 240.

Die Sowjets beschränkten sich indessen auf eine Erörterung bilateraler Fragen. Figl gewann den Eindruck, daß Chruschtschow und Mikojan das westdeutsche Militärpotential „ungeheuer überschätzten“¹⁷³.

Die Bundestagsinitiative in der deutschen Frage vom Juli stieß bei den Westmächten auf Kritik. Sie wollten die „Wiedervereinigung Deutschlands“ ausdrücklich bei künftigen Verhandlungen berücksichtigt sehen¹⁷⁴. Erich Mende rief dazu auf, von den Österreichern zu „lernen“, ohne „das österreichische Modell unbesehen für die Lösung der deutschen Frage [zu] übernehmen“¹⁷⁵. Adenauer war der Versuch einer gemeinsamen Deutschlandpolitik mit der SPD überhaupt suspekt¹⁷⁶. Die Initiativen, um Moskau für Verhandlungen über die deutsche Frage zu gewinnen, wie sie im Jahr 1958 nacheinander Raab, Adenauer und die Bundestagsfraktionen ergriffen hatten, versandeten vollends nach dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows im November¹⁷⁷, mit dem sich der Rahmen für die Deutschlandpolitik grundlegend änderte.

Am Ende drängt sich der Eindruck auf, daß Adenauer und Raab unabhängig voneinander im März 1958 versucht haben, in die deutsche Frage neue Bewegung zu bringen. Beide haben offenbar die politische Großwetterlage als günstig eingeschätzt, um bei der Lösung dieses schwierigen Problems voranzukommen. Raabs Initiative, bei der verschiedene Motive zusammenwirkten, war ein Reflex des österreichischen Staatsvertrags im Mai 1955, dessen Belastungen für das deutsch-österreichische Verhältnis Raab ausräumen wollte und den er im Falle eines Erfolges auch in der deutschen Frage zu einem Doppelerfolg ausgebaut hätte. Nicht auszuschließen ist, daß sich Adenauer durch die Unterredung mit Raab in seinem Versuch, für die DDR die Österreich-Lösung anzustreben, innerlich absichern und abwarten wollte, wie weit Raab mit seiner Initiative kam, ohne sich dadurch in seiner eigenen Geheimdiplomatie beirren zu lassen. Einen Erfolg Raabs von vornherein auszuschließen, wäre angesichts des Prestiges, das Raab 1955 in Moskau gewonnen hatte, unklug gewesen. Da der Erfolg zuerst in Moskau gesucht werden mußte, war Adenauer gut beraten, Raabs Aktion nur zu beobachten, um sich nicht das Mißtrauen der Amerikaner zuzuziehen. Ein (Teil-)Erfolg Raabs in Moskau hätte sogleich Verhandlungen

¹⁷³ Aufzeichnung Brentanos über sein Gespräch mit Figl in Bad Reichenhall, 5. 8. 1958, Durchschrift in: PA/AA, NL Mueller-Graaf, Politische Berichte aus Wien: Mikojan habe von Adenauer „mit größter Achtung gesprochen“, über Brentano „weniger freundlich“, der „offenbar ein unversöhnlicher Gegner der Sowjetunion sei“. „Ausgesprochen negativ“ habe er sich dann auch über Verteidigungsminister Strauß geäußert. Mueller-Graaf war noch am Tag der Rückkehr Figls aus Moskau (30. 7.) von diesem unterrichtet worden. Vgl. Nachlaß Figl, Niederösterreichisches Landesarchiv Wien, Allg. Akten, Kart. 95, Tagebuch. Vgl. auch Bericht Mueller-Graafs an AA, 4. 8. 1958, in: PA/AA, NL Mueller-Graaf.

¹⁷⁴ DzD, III. Reihe, Bd. 4 (1958), S. 1748f. Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 240, 243.

¹⁷⁵ So im Bundestag am 1. 10. 1958, in: DzD, III. Reihe, Bd. 4 (1958), S. 1740.

¹⁷⁶ Vgl. Kosthorst, Brentano, S. 245f.

¹⁷⁷ Vgl. Note der UdSSR an die Westmächte, 27. 11. 1958, in: DzD, IV. Reihe, Bd. 1 (1958/59), S. 151–177, hier bes. S. 174f.; Note der UdSSR an die deutsche Bundesregierung, 27. 11. 1958, in: Ebenda, S. 178–191.

Adenauers mit den Amerikanern erfordert; ein Mißerfolg Raabs hätte, solange sich Adenauer nicht hinter Raabs Vermittlungsdiplomatie stellte, Adenauer nicht diskreditiert und seinen eigenen Versuch, eine Lösung mit dem Kreml zu finden, nicht gefährdet. Als Raab seine Initiative Ende April publik machte, den Erfolg förmlich an die Wand malte und hoch pokerte, dürfte Adenauer bewußt geworden sein, daß vor allem innenpolitische Gründe Raab zu seiner Aktion veranlaßt hatten. Als Mikojan kurz darauf in Bonn mit keinem Wort auf Adenauers Initiative bei Smirnow einging, bedeutete dies das Ende des Plans einer Österreich-Lösung für die DDR. Raab war mehr als Adenauer der Verlierer eines gewagten Spiels.